G 2527

Nr. 1-2/2024

Gymnasium
BADEN-WÜRTTEMBERG

KLARE KANTE GEGEN "EINE SCHULE FÜR ALLE"

EIN STARKES GYMNASIUM: NUR MIT UNS!

Wir sind der Verband für ALLE gymnasialen Lehrkräfte.

PhV-Mitglieder aktiv für Sie im Arbeitskampf TV-L in Stuttgart und Schwäbisch Gmünd.

Der PhV steht für

ein **differenziertes** Schulsystem und ein Gymnasium auf **hohem Niveau**. Gehen wir gemeinsam auf diesem Weg weiter! **Die Forderung nach "einer Schule für alle" lehnen wir ab.**

Inhalt

Editorial *[Ralf Scholl]* 2

Wir haben viel erreicht *[Ursula Kampf]* 4

Kommission Bildung und Wissenschaft im Gespräch mit Ministerin Schopper *[Cord Santelmann]* 5

Entscheidung des Bürgerforums für G9 *[PhV BW]* 6

Führungswechsel an der Landesspitze der JuPhi im Philologenverband Baden-Württemberg *[Stefanie Schrutz]* 7

Winter-JuPhi-Klausur der JuPhi *[Miriam Plachta]* 8

Neuaufstellung für die Zukunft *[Alexander Epp]* 9

Informationen, Diskussionen und Neuwahl des Bezirksvorstands *[Yvonne Keppler]* 11

Herbsttagung der AG Frauen im Deutschen Philologenverband *[Dr. Teresa Eigenmann und Martina Scherer]* 13

Thema aktuell: SPD 14

Aktuelles aus dem HPR *[Jörg Sobora]* 15

Aktuelles aus dem HPR asB *[Michael Belz]* 16

Zwei intensive Tage zu Theorie und Praxis der ÖPR-Arbeit *[Cord Santelmann]* 17

Aktuelle Themen aus dem BPR, HPR und aus dem RP KA *[Meike Brück und Martina Scherer]* 18

Es ist an der Zeit! *[Enver Groß]* 19

Der PhV BW im Gespräch mit ...

... dem Kultusministerium *[Karin Fetzner]* 20

Zu Gast bei Freunden *[Karin Fetzner]* 21

Ein Hochamt für die Gemeinschaftskunde *[Claudia Grimm]* 23

Außerschulische Veranstaltungen *[Karin Fetzner]* 24

Rote Karte für die Arbeitgeber in den Ländern *[Karin Fetzner]* 26

Connect & Create Symposium *[Miriam Plachta]* 27

Titelbild/U4:
Philologenverband Baden-Württemberg

Redaktionsschluss:
März-April-Ausgabe: 29. Februar 2024,
Mai-Juni-Ausgabe: 25. April 2024.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen (ohne Rückporto keine Rücksendung).

Alle Manuskripte sind an die Redaktion zu senden!
Enver Groß | enver.gross@phv-bw.de
Pfannenstiel 34 | 88214 Ravensburg

Liebe Leserinnen und Leser,

Ralf Scholl
ist Landesvorsitzender des Philologenverbandes Baden-Württemberg

2024 hat begonnen, und die Bildungspolitik in Baden-Württemberg bewegt sich weiter im Schneckentempo vorwärts beim **Thema G9** – oder ist es eben doch der Beginn einer Lawine?

G9 steht jetzt ganz offiziell auf der Tagesordnung des Landtags: Am 17. Januar war die **Zulassung des G9-Volksantrags** Thema im Bildungsausschuss und am 24. Januar wurde sie im Plenum des Landtags debattiert. Das bedeutet gemäß Volksabstimmungsgesetz und Terminplan des Landtags auch, dass spätestens in der Plenardebatte am 17./18. April im Landtag über das G9-Gesetz, das mit dem Volksantrag eingereicht wurde, abgestimmt werden muss.

So sehr sich das nach Fortschritt anhört, eine gesunde Skepsis ist angebracht: Sowohl von Ministerpräsident Kretschmann wie auch von Kultusministerin Schopper wurde mittlerweile der Satz: »So lange ich im Amt bin, gibt es kein G9.« gehört. Und der zähe Widerstand des bildungspolitischen Sprechers der baden-württembergischen Grünen in der G9-Debatte im Landtag am 20. Dezember unterstreicht diese Position eines »Mit uns nicht!« bzw. einer maximalen Verzögerung und Verschiebung in eine unbestimmte Zukunft. – Aber die Luft für die Landesregierung wird bei G9 immer dünner.

Das Bürgerforum G9

hat am 11. Dezember 2023 sein Kurzgutachten mit 48 Empfehlungen an die Landesregierung übergeben und sich mit einer 90 Prozent-Mehrheit für **ein G9 mit G8-Schnellläuferzügen** an großen Gymnasien bzw. Gymnasien mit entsprechender Profilbildung ausgesprochen. Dabei soll der Umstieg nach Bürgerforums-Empfehlung aufwachsend erfolgen und auch der **Übergang auf die weiterführenden Schulen reformiert** werden. Eine Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung fand dabei keine Mehrheit. Das Bürgerforum empfahl stattdessen mehrheitlich eine **2:1-Lösung aus Elternwunsch, Grundschulempfehlung und einem Test**.

Längerem gemeinsamen Lernen wurde vom Bürgerforum mehrheitlich eine deutliche Absage erteilt. Auch bei der Schulstruktur wurde kein Änderungsbedarf gesehen.

Und das Bürgerforum wurde auch in der Ressourcenfrage deutlich: Es mahnt einmütig die Umsetzung von G9 trotz der damit verbundenen Kosten an. Zur Finanzierung empfiehlt es eine Umstrukturierung des Landeshaushalts: »Die Bildung unserer Kinder sollte es uns wert sein!«

Und wie geht es weiter?

Die Zeit bis Mitte April wird politisch sehr spannend werden: Legt die Landesregierung bis dahin ein eigenes G9-Gesetz vor? (In Übereinstimmung mit den Empfehlungen des Bürgerforums und hinlänglich nahe an der Konzeption des Volksantrags?) Oder wird der G9-Volksantrag einfach mit der Regierungsmehrheit abgelehnt?

In letzterem Fall hätte sich die Landesregierung in der G9-Frage komplett unglaubwürdig gemacht, denn das Ergebnis des eigens von ihr selbst initiierten Bürgerforums würde von ihr ja einfach ignoriert. Den G9-Initiatorinnen stünde dann der Weg zu einem Bürgerbegehren offen, für dessen Zulassung allerdings binnen sechs Monaten 778 300 Unterschriften (d.h. von 10 Prozent der Wahlberechtigten) gesammelt werden müssten.

Das ist eine sehr, sehr hohe, aber angesichts der Volksantrags-Dynamik bei guter Vorbereitung durchaus nehmbare Hürde. Der Philologenverband würde in diesem Fall die G9-Initiatorinnen unterstützen. Aufgrund der Kürze der Zeit und der hohen

Anzahl an notwendigen Unterstützer-Unterschriften dürfte allerdings ein möglichst breiter Ausbau der G9-Unterstützerstruktur schon vorab im ersten Halbjahr 2024 zum entscheidenden Faktor werden. Informieren Sie sich bitte unter https://g9-jetzt-bw.de! Dort finden Sie im Pressespiegel auch immer den neuesten Stand der G9-Debatte.

Positiv ist jedenfalls, dass nicht nur die komplette Opposition, sondern auch die CDU mittlerweile öffentlich klar für G9 eintritt und mit Manuel Hagel als neuem Fraktionsvorsitzenden und Andreas Sturm als neuem bildungspolitischen Sprecher personell jünger und frischer aufgestellt in die regierungsinternen Abstimmungsprozesse zu G9 startet. Da gibt es Bewegung!

G9-jetzt! BW

https://g9-jetzt-bw.de

Wir kämpfen von Seiten des Philologenverbandes auf jeden Fall für ein **Qualitäts-G9** mit zwanzig zusätzlichen Wochenstunden (im Vergleich zu G8), das unsere gymnasiale Bildung mit entsprechend angepassten Bildungsplänen vertieft und mit dem Abitur wieder zu einer Hochschulreife mit fundierter Studierfähigkeit führt.

Gehaltserhöhungen 2024/2025

Anfang Dezember endeten die TV-L-Tarifverhandlungen zwischen der Tarifgemeinschaft der Länder und DGB/DBB. Das Ergebnis lässt sich sehen: Als Inflationsausgleich eine Pauschale von 1800 Euro (rückwirkend), außerdem für die Monate Januar bis Oktober 2024 jeweils 120 Euro. Im November 2024 folgt dann eine Erhöhung um 200 Euro (TV-L) bzw. linear um 3,6 Prozent (für Beamte) und im Januar 2025 darauf noch einmal eine Erhöhung um 5,5 Prozent. Teilzeitbeschäftigte und Pensionäre erhalten die pauschalen Inflationsprämien prozentual anteilig.

Das ist das beste Ergebnis seit Jahrzehnten. Diese Erhöhungen gleichen die allgemeine Teuerung allerdings nur dann aus, wenn die Inflation jetzt zügig weiter zurückgeht.

PhV-Klage zur Arbeitszeitermittlung

Unsere Klagen mit dem Ziel, endlich eine Arbeitszeitermittlung durch unseren Dienstherrn zu erreichen, wurden mit einmonatiger Verzögerung im Januar beim Verwaltungsgericht Stuttgart eingereicht. Jeder Arbeitgeber ist dazu nach dem Urteil des Bundesarbeitsgerichts seit spätestens Januar 2023 verpflichtet, sämtliche Kultusministerien verharren aber in Untätigkeit, weil damit zu rechnen ist, dass sie dann wegen der vielen Überstunden, die Lehrkräfte seit Jahren ableisten, mehr Personal einstellen müssten. Vor Herbst/Winter 2024 ist mit einer Entscheidung leider nicht zu rechnen.

Außerunterrichtliche Veranstaltungen

Unser Dienstherr lässt die Lehrkräfte bei außerunterrichtlichen Veranstaltungen weiterhin ziemlich im Stich: Die Rechtslage bei einer Buchung von AuV ist zwar »im Prinzip unverändert«, aber die Verunsicherung unter den Lehrkräften ist bei Buchungen nach wie vor groß. Wir vom Philologenverband Baden-Württemberg setzen uns mit Nachdruck dafür ein, dass die Lehrkräfte vom Kultusministerium bei dieser Aufgabe nicht alleine gelassen werden. Dazu lesen Sie an anderer Stelle in dieser Ausgabe mehr. Ein erster Erfolg: Das Deutsche Jugendherbergswerk, Landesverband BW, hat seine Buchungsbedingungen geändert. Jetzt bucht die Lehrkraft unmissverständlich für die Schule bzw. Klasse und trägt privat kein Risiko mehr.

BPR-Wahlen am ZSL

Bei der Wiederholung der BPR-Wahl am ZSL hat die BBW-Liste der vier Verbände PhV, BLV, RLV und VBE ihr Ergebnis von vor vier Jahren leider nicht verbessern können:

Nur drei von insgesamt neun Sitzen wurden erreicht. Alle drei Sitze fielen erneut an PhV-Kandidaten: **Thomas Schwan**, **Sabine Hertweck** und **Michael Belz** werden die Interessen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Seminaren gegenüber dem ZSL vertreten. Eine herzliche Gratulation den drei Gewählten und ein ganz großer Dank an alle unsere Kandidatinnen und Kandidaten und natürlich auch an alle, die sie gewählt haben!

HPR- und BPR-Wahlen im April

Die Listenaufstellung und -einreichung für die kommenden Personalratswahlen auf HPR- und BPR-Ebene ist pünktlich zum 8. Januar erfolgt. Für die Bereitwilligkeit vieler unserer Mitglieder, für die Personalräte zu kandidieren, möchte ich mich an dieser Stelle ganz herzlich bedanken.

Bitte sprechen Sie in den kommenden zwei Monaten bis zur Wahl Ihre Kolleginnen und Kollegen auf die Wichtigkeit dieser Wahl an! Gerade unter der momentanen Leitung des Kultusministeriums kommt den Personalräten eine besonders wichtige Rolle zu. Für die jungen Lehrkräfte besonders wichtig ist, dass wir vom Philologenverband Baden-Württemberg die einzigen sind, die sich für Stellenhebungen von A13 nach A14 einsetzen. Ohne solche Stellenhebungen, die im Staatshaushaltsplan auf Antrag des Kultusministeriums vorgenommen werden müssen, bleiben die Beförderungsaussichten unserer jüngeren Kolleginnen und Kollegen in den nächsten zehn bis zwölf Jahren so katastrophal schlecht wie sie derzeit sind.

Für das zweite Schulhalbjahr wünsche ich Ihnen viel Energie und immer wieder schöne Momente mit Ihren Schülerinnen und Schülern!

Ihr

Ralf Scholl

Wir haben viel erreicht

Das Ergebnis der Einkommensrunde Länder TV-L 2023 ist gleichwertig dem Volumen Abschluss Bund-Kommunen TVöD April 2023!

Details der Tarifeinigung TV-L im Rahmen der Einkommensrunde Länder TV-L am 9. Dezember 2023 in Potsdam[1]:

INFLATIONSAUSGLEICH: insgesamt 3000 Euro:
- 1800 Euro Inflationsausgleich (Einmalzahlung, Teilzeit anteilig, steuer- und abgabenfrei)
- Auszahlung zum frühestmöglichen Zeitpunkt;
- 120 Euro Inflationsausgleich monatlich von Januar bis Oktober 2024 (jeweils Einmalzahlung, Teilzeit anteilig, steuer- und abgabenfrei)

ENTGELT (tabellenwirksam):
- Erhöhung zum 1. November 2024 um 200 Euro (Teilzeit anteilig);
- dann auf den neuen Betrag: Erhöhung zum 1. Februar 2025 um 5,5 Prozent.
- Falls durch beide Erhöhungen (zusammen) insgesamt keine Erhöhung von 340 Euro erreicht wird, wird der (Gesamt-) Erhöhungsbetrag zum 1. Februar 2025 auf 340 Euro gesetzt.
- Erhöhung in E 13 St. 1: 10,5 Prozent, in E 13 St. 6: knapp 9 Prozent *(Berechnung: Markus Gretzschel, DPhV-Mitglied in der dbb-Bundestarifkommission)*.

LAUFZEIT:
vom 1. Oktober 2023 bis 31. Oktober 2025 = 25 Monate

SOZIAL- und ERZIEHUNGSDIENST:
Wegfall der besonderen, schlechteren Stufenlaufzeiten zum 1. Oktober 2024: betrifft 'Rückenwind'-Kräfte an Gymnasien in Baden-Württemberg, da eingruppiert in S 8a.

Verbesserungen in anderen Bereichen:
Azubis, Straßenbetriebsdienst und -bau, Pflege-/Gesundheitsberufe, Sozial- und Erziehungsdienst, Stadtstaatenzulage (dadurch wird Berlin wieder 'reguläres' Mitglied der TdL), Fahrradleasing, studentische Hilfskräfte.

Gesamtvolumen aller Komponenten der Tarifeinigung vom 9. Dezember 2023:
11,11 Prozent *(s. VBE-Zumeldung zum Tarifabschluss vom 9. Dezember 2023, S. 1)*

Fazit[2]:
Der Abschluss entspricht in seiner Wertigkeit dem TVöD-Abschluss vom April 2023 (vgl. dbb Chef Ulrich Silberbach, Flugblatt *dbb aktuell* Nr. 24 Dezember 2023 *zur Einkommensrunde TV-L 2023*, hrsg. von dbb beamtenbund und tarifunion, S. 1).

Alle Verbesserungen müssen ins Gesamtvolumen eingepreist werden. Anzahl und Umfang der verschiedenen Bereiche sind in den Bereichen Länder einerseits und Bund-Kommunen andererseits verschieden. Zu bestimmten Verbesserungen jetzt im TV-L gibt es kein Pendant im Frühjahr 2023 beim TVöD.

Ein 1:1-Vergleich bei den Abschlüssen von TVöD und TV-L ist deshalb nicht mehr möglich; seit 2006 haben sich TV-L und TVöD zu sehr auseinanderentwickelt.

»Auch waren unsere Forderungen nicht identisch. **Folglich hat das aktuelle Länderergebnis einige andere Facetten als der TVöD-Abschluss, aber es hat ein absolut vergleichbares Volumen.**« *(dbb Tarifchef Volker Geyer, S. 2, tacheles Dezember 2023 Nr. 12, hrsg. von dbb beamtenbund und tarifunion)*

Die Arbeitnehmerseite hat viel erreicht.

Aufgrund der jahrelangen Blockadehaltung der Arbeitgeberseite (Arbeitsvorgang) haben sich viele strukturelle 'Baustellen' angesammelt: zum Beispiel stufengleiche Höhergruppierung, Weiterentwicklung Entgeltordnung Lehrkräfte EntgO-L. Sie können nicht alle auf einmal 'abgeräumt' werden.

Die deutlich gesteigerte Zahl öffentlichkeitswirksamer Aktionen, Demos und Warnstreiks hat dazu beigetragen einen höheren Druck auf die Arbeitgeber als früher aufzubauen und dieses Ergebnis mit bewirkt – mein großer Dank gilt ALLEN (auch denen im Hintergrund), die sich engagiert und uns am 11. November in Schwäbisch Gmünd, am 14. November in Stuttgart und am 30. November 2023 in Stuttgart unterstützt haben.

Dabei war unsere Ausgangssituation in der dbb-Bundestarifkommission zu Beginn der Verhandlungen alles andere als einfach: Im Bereich Länder (TV-L) ist die Relation von Beschäftigten im Arbeitnehmerverhältnis zu beamteten Beschäftigten vielfach wesentlich schlechter als im Bereich Bund-Kommunen (TVöD).

Das Instrument Schlichtung war nicht vorab als mögliches Instrument vereinbart worden.

Es gab bestimmte andere bzw. neue Rahmenbedingungen (im Vergleich zum Verhandlungszeitraum TVöD im ersten Quartal 2023): eine etwas niedrigere Inflationsrate und das Bundesverfassungsgerichtsurteil bezüglich des Bundeshaushalts, das mittelbar für die Länderhaushalte wichtig ist.

Ausblick:
Am 31. Dezember 2024 endet die Laufzeit des Tarifabschlusses TVöD vom April 2024 für den Bereich Bund-Kommunen. Es hat sich gezeigt, dass die Tarifabschlüsse in TV-L und TVöD wechselseitig wegweisend sind. Deshalb ist es wichtig, dass wir uns gegenseitig unterstützen. Nur gemeinsam sind wir stark. Achten Sie bitte auf unsere Informationen zur nächsten Einkommensrunde Bund-Kommunen und unterstützen Sie uns weiterhin. Vielen Dank.

Ursula Kampf, Fachgebiet Arbeitnehmer/Tarif PhV BW, DPhV-Mitglied der dbb-Bundestarifkommission

1) Siehe und vergleiche: Flugblatt *dbb aktuell* Nr. 24 Dezember 2023 *zur Einkommensrunde TV-L 2023*, hrsg. v. dbb beamtenbund und tarifunion
2) Vergleiche: Flugblatt *dbb aktuell* Nr. 24 Dezember 2023 *zur Einkommensrunde TV-L 2023*, hrsg. v. dbb beamtenbund und tarifunion; dbb-Zeitschrift *tacheles* Dezember 2023 Nr. 12, hrsg. v. dbb beamtenbund und tarifunion;
3) Dort und unter folgender Internetadresse finden Sie detaillierte und weiterführende Informationen: www.dbb.de/einkommensrunde

Kommission Bildung und Wissenschaft im Gespräch mit Ministerin Schopper

Zufriedene Lehrkräfte und bessere Arbeitsbedingungen wären die beste Werbung um Lehrkräfte-Nachwuchs!

Am 12. Dezember 2023 traf sich der Vorstand der KBW (Kommission Bildung und Wissenschaft im BBW) mit Kultusministerin Theresa Schopper zu einem Gespräch im Kultusministerium. Dabei wurden Maßnahmen gegen den Lehrermangel und zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen an den Schulen offen diskutiert.

>> *v.l.n.r:* Kai Rosenberger (BBW-Vorsitzender), Sandra Wengert (juristische Referentin BBW), Theresa Schopper (Kultusministerin), Tina Stark (KBW-Vorsitzende, BLV), Cord Santelmann (stellvertretender KBW-Vorsitzender, Philologenverband BW), Holger Philipp (Leiter der Stabsstelle Lehrergewinnung im Kultusministerium)

In der KBW sind die Schul- und Hochschulverbände innerhalb des Beamtenbunds Baden-Württemberg vertreten. Die KBW hat die Aufgabe, gemeinsame bildungspolitische Positionen für den BBW zu entwickeln, damit der BBW diese wirksam gegenüber Politik und Öffentlichkeit vertreten kann. Dazu hatte die KBW gemeinsam mit dem BBW-Vorsitzenden, Kai Rosenberger, beim Gespräch mit Kultusministerin Theresa Schopper und dem leitenden Ministerialrat Holger Philipp am 12. Dezember im Kultusministerium Gelegenheit. Dabei wurden komplexe Themen rund um das Problem 'Lehrermangel' offen angesprochen.

Der BBW-Vorsitzende, **Kai Rosenberger**, wies darauf hin, dass der kürzlich erreichte Tarifabschluss zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtenschaft des Landes einschließlich der Pensionäre übertragen werden müsse, damit Besoldung und Versorgung einigermaßen mit der wirtschaftlichen Entwicklung schritthalten können. Das in Planung befindliche Lebensarbeitszeitmodell müsse außerdem auch auf die Lehrerschaft übertragen werden, was zurzeit in Frage stehe.

Tina Stark (KBW-Vorsitzende, BLV), machte deutlich, dass die beste Werbekampagne für den Lehrerberuf in Zeiten des Lehrermangels darin bestehe, für gute Arbeitsbedingungen und zufriedene Lehrkräfte zu sorgen. Dabei müsse Seiten- und Quereinsteigern durch den Abbau bürokratischer und juristischer Hemmnisse der Weg geebnet werden. Anhand konkreter Fallbeispiele stellte sie dar, wie viel hier noch zu tun ist. Außerdem bräuchten die Schulen multiprofessionelle Teams mit einem 'Master Teacher', der von Assistenzkräften unterstützt werde.

Cord Santelmann (stellvertretender KBW-Vorsitzender, Philologenverband Baden-Württemberg), wies darauf hin, dass es nicht nur darum gehe, Lehrkräfte zu gewinnen, sondern sie auch zu halten, indem ihnen gute Einkommens- und Beförderungschancen geboten werden. Das fange damit an, dass Referendare mit Einstellungszusage schon in den Sommerferien besoldet werden sollten. Außerdem müssten die Beförderungs- und Aufstiegsmöglichkeiten in allen Schularten verbessert werden. Das gelte für technische Lehrer und Fachlehrer im GHWRGS-Bereich ebenso wie für die beruflichen und allgemeinbildenden Gymnasien, an denen der A14-Beförderungsstau inzwischen so gravierend sei, dass erste Lehrkräfte Gefahr liefen, in A13 pensioniert zu werden.

Theresa Schopper und LMR **Holger Philipp** gaben zu verstehen, dass sie die Anliegen nachvollziehen, sie aber in vielen Punkten keine raschen Lösungen in Aussicht stellen könnten, da politische, finanzielle und oft auch juristische Hürden zu überwinden seien. Man arbeite aber intensiv an Lösungen, insbesondere, was die Möglichkeiten für Quer- und Seiteneinsteiger angehe.

Das offene und sachliche Gespräch soll nicht das einzige bleiben: Eine Fortsetzung im kommenden Jahr wurde vereinbart.

Cord Santelmann, stellvertretender KBW-Vorsitzender und Referent für Berufspolitik im Landesvorstand des Philologenverbandes Baden-Württemberg

Foto: domoskanonos/AdobeStock

Entscheidung des Bürgerforums für G9

Der Philologenverband Baden-Württemberg (PhV BW) als Verband der gymnasialen Lehrkräfte im Land begrüßt die klare Entscheidung des Bürgerforums für die Wiedereinführung des neunjährigen Gymnasiums mit G8-Schnellläuferzügen an großen Gymnasien.

Der PhV-Landesvorsitzende Ralf Scholl erklärt: »106 950 Unterschriften im Rahmen des an den Landtag gerichteten Volksantrags für G9 und jetzt eine klare Empfehlung des Bürgerforums an die Landesregierung für eine Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium – klarer können die Signale nicht sein: Jetzt müssen Landesregierung und Landtag umgehend tätig werden! Kein weiteres Verschieben auf die lange Bank! – **G9 jetzt!**

Nur so lässt sich die Empfehlung der 'Zufallsbürger' umsetzen, mehr Zeit zum Lernen, Üben und Vertiefen am Gymnasium zu schaffen. Diese Forderung wird auch vom Philologenverband vollumfänglich geteilt.«

Das Bürgerforum hat neben der Entscheidung für G9 eine ganze Reihe weiterer, sehr sinnvoller Empfehlungen gegeben:

- Kein längeres gemeinsames Lernen über die vierte Klasse hinaus.
- **Mehr Verbindlichkeit beim Übergang von der Grundschule zu den weiterführenden Schulen durch ein '2:1'-Prinzip** mit einem zusätzlichen Test für alle Grundschüler. Bei von der Grundschulempfehlung abweichendem Elternwillen gibt der Test den Ausschlag. Das sorgt an allen weiterführenden Schulen schnell für eine Entspannung der momentanen Lage, ohne die Grundschulen zusätzlich zu belasten.
- Eine Prüfung der Inhalte und der Umsetzung der Bildungspläne im MINT-Bereich mit dem Ziel eines höheren schulischen Niveaus, um einen problemloseren Übergang an die Hochschulen zu erreichen.
- Die vom Landesrechnungshof geschätzten Personalkosten im unteren dreistelligen Millionenbereich und die einmaligen Baukosten sollten nach einstimmiger Entscheidung des Bürgerforums investiert werden, um die notwendigen Bildungsreformen umzusetzen.

Alle diese Voten des Bürgerforums werden vom Philologenverband Baden-Württemberg nachdrücklich begrüßt.

Landesvorsitzender Ralf Scholl: »Die 'Zufallsbürger' legen nach nur sechs Sitzungen den Finger in die Wunden einer seit über einem Jahrzehnt ideologisch erstarrten Schulpolitik. Sie haben sich die Probleme angeschaut und zeigen sinnvolle und umsetzbare Lösungswege auf. Jetzt ist es Aufgabe von Landesregierung und Landtag, diese Maßnahmen best- und schnellstmöglich umzusetzen.«

Gerade ein neunjähriges Gymnasium mit Mehrwert (Informatik, Gesellschaftswissenschaften usw.) werde von einer großen Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger unterstützt. Und Ministerpräsident Kretschmann hat selbst erst kürzlich zu Recht betont, dass man nicht auf Dauer gegen den Volkswillen regieren kann. »Es darf deshalb nach den eindeutigen Umfragen, dem großen Erfolg des Volksantrags und dem klaren Votum des Bürgerforums kein weiteres Verzögern und Abwiegeln mehr geben – G9 muss jetzt schnell kommen!«, so Ralf Scholl. Die heutige Presseerklärung der Landesregierung, dass erst ein neues G9-Konzept erarbeitet werden soll, lässt in dieser Hinsicht ganz klar ein »auf Zeit spielen« befürchten.

Einen Stundentafel-Vorschlag für G9 mit durchgehender Informatik, mehr Gesellschaftswissenschaften in der Mittelstufe sowie der dringend notwendigen Stärkung von Mathematik und Deutsch hat der PhV dem Kultusministerium bereits vorgelegt.

Pressemitteilung des Philologenverbands Baden-Württemberg zur Empfehlung des Bürgerforums für eine Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium

An den Gymnasien des Landes Baden-Württemberg werden knapp 300 000 Schülerinnen und Schüler unterrichtet. Der Philologenverband Baden-Württemberg e.V. (PhV BW) vertritt mit über 9000 im Verband organisierten Mitgliedern die Interessen der Lehrerinnen und Lehrer an den 462 öffentlichen und privaten Gymnasien des Landes.

Im gymnasialen Bereich hat der Philologenverband Baden-Württemberg sowohl im Hauptpersonalrat beim Kultusministerium als auch in allen vier Bezirkspersonalräten bei den Regierungspräsidien die Mehrheit und setzt sich dort für die Interessen der rund 26 500 Lehrkräfte an den Gymnasien des Landes ein.

Führungswechsel an der Landesspitze der JuPhi im Philologenverband Baden-Württemberg

Die Jungen Philologen Baden-Württemberg haben Stefanie Schrutz (Bezirk Südbaden) zur neuen Landesvorsitzenden gewählt. Bei ihrer Wahl im Rahmen der jährlich stattfindenden Hauptvorstandssitzung des Philologenverbandes Baden-Württemberg am 8. Dezember 2023 in der Sparkassenakademie in Stuttgart wurde sie einstimmig gewählt.

Stefanie Schrutz ist seit 2013 Lehrerin für Englisch, Gemeinschaftskunde (bilingual), Wirtschaft und Deutsch am Hochrhein-Gymnasium in Waldshut. Sie ist zudem Personalratsvorsitzende und örtliche Vertrauensperson der schwerbehinderten Lehrkräfte an Gymnasien und darüber hinaus verantwortlich für das Medien- und Methodencurriculum der Schule.

Ihr Übergang ins Amt inklusive der neuen Aufgaben erfolgte unmittelbar: Gerade ein paar Stunden in neuer Funktion durfte sie am Abend ihre Vorgängerin, Laura Schönfelder, im aktiven Kreis der JuPhi bei ‘Lach und (Glüh-)Wein’ auf dem Stuttgarter Weihnachtsmarkt verabschieden und leitete dann bereits am folgenden Morgen ihre erste Klausurtagung. Diese nahtlose Übergabe und dynamische Führung bei der Vorbereitung und Durchführung der Tagung unterstreichen ihre Entschlossenheit und ihre Fähigkeiten, die Belange der jungen Lehrkräfte mit Engagement und Professionalität zu vertreten.

Bereits aus ihren anderen Tätigkeitsfeldern auf PhV-Ebene – zum Beispiel der Leitung des Referats Verbandspublikationen gemeinsam mit Anne-Elise Kiehn, ihrem Einsatz im Bezirk Südbaden und der Regionalvertretung Hochrhein, ihrem Engagement in der Wahlkampfkommission zur Personalratswahl 2024 sowie ihrer kontinuierlichen Präsenz auf dem Instagramprofil @juphi_bw oder dem Netzwerken bei unserem Dachverband, dem BBW – kennen wir Stefanie Schrutz als stets tatkräftige, kommunikative und empathische Kollegin, die immer vollen Einsatz zeigt. Ihr Engagement für die Belange junger Lehrkräfte und die erfolgreiche Übernahme der neuen Rolle als Landesvorsitzende seien inspirierend und vielversprechend, auch für die Zukunft des Verbands insgesamt, so Mitglieder des Hauptvorstands nach Stefanie Schrutz‘ Vorstellung in diesem Gremium.

Stefanie Schrutz
ist neue Landesvorsitzende der Jungen Philologen im PhV Baden-Württemberg

In einem Statement nach ihrer Wahl brachte sie ihre Freude darüber zum Ausdruck, zur Landesvorsitzenden gewählt worden zu sein, und betonte die Wichtigkeit einer regen Kooperation: »Ich fühle mich geehrt, zur Landesvorsitzenden gewählt worden zu sein und freue mich darauf, mit einem so engagierten Team zusammenzuarbeiten.« Ihr Ziel sei es, die Anliegen und Herausforderungen junger Lehrkräfte zu adressieren und die Qualität der Bildung im Land zu fördern.

Die neue Landesvorsitzende setzt auf eine enge Kooperation mit Bildungseinrichtungen, politischen Entscheidungsträgern und der Öffentlichkeit, um die Arbeitsbedingungen an Schulen zu verbessern und innovative Lösungen im Bildungswesen zu entwickeln. Gemeinsam mit ihrem Team, das aus erfahrenen Mitgliedern der Bezirke Nordwürttemberg, Südwürttemberg, Nordbaden und Südbaden besteht, möchte sie die Interessen von Referendarinnen, Referendaren und Studierenden des Lehramts noch genauer in den Blick nehmen und sie in jeder Phase ihrer Ausbildung unterstützen.

Auf Landesebene werden ihr dabei ihre ebenso neu gewählten Stellvertreterinnen und Stellvertreter Cornelia Schuster (Nordwürttemberg), Pascal Maucher und Maximilian Röhricht (beide Südwürttemberg) tatkräftig zur Seite stehen: beste Voraussetzungen für die Herausforderungen, die das Wahljahr 2024 sicherlich bereithalten wird.

Vorstand Junge Philologen PhV BW

Neuwahlen bei den Jungen Philologen

Die Redaktion von *Gymnasium Baden-Württemberg* gratuliert den frisch gewählten JuPhi-Vorsitzenden der Bezirke sehr herzlich zu ihrer Wahl. Es wurden gewählt:

Südbaden
Stefanie Schrutz

Nordwürttemberg
Cornelia Schuster
Stellvertreter *Philipp Mühlbach*

Nordbaden
Mathias Fuchs
Stellvertreterin *Sandra Heitmann*

Südwürttemberg
Pascal Maucher
Stellvertreter *Maximilian Röhricht*

Enver Groß

Winter-JuPhi-Klausur der JuPhi

Der Auftakt zur Winter-JuPhi-Klausur, dem traditionellen Jahresabschluss der JuPhi, am 9. Dezember in der Landeshauptstadt fand bereits am Vorabend der eigentlichen Sitzung auf dem Weihnachtsmarkt in Stuttgart statt. Alle interessierten JuPhi waren eingeladen, sich bei einem informellen 'Lach und (Glüh)Wein' zu treffen, den aktiven Kern kennenzulernen, sich auszutauschen. In diesem Rahmen wurde auch die bisherige JuPhi-Landesvorsitzende **Laura Schönfelder** verabschiedet und ihr für ihre Arbeit der letzten Jahre gedankt. Gleichzeitig ging der Blick aber auch schon in die Zukunft und so wurde in weihnachtlicher Atmosphäre auf die gemeinsame Arbeit bisher und in Zukunft mit leckerem Glühwein angestoßen.

Am nächsten Morgen trafen sich dann unter der Führung der neu gewählten JuPhi-Landesvorsitzenden **Stefanie Schrutz** neun aktive JuPhi in der Landesgeschäftsstelle. Sehr schnell ging es in die Terminplanung für das nächste Kalenderjahr – mittlerweile fest etablierte Formate (JuPhi Get Together, Lach & Wein) wollen und sollen fortgesetzt werden. Wann gehen wir wo wieder in Klausur? Welche Formate müssen überdacht und an die Anforderungen von Referendar:innen und Junglehrer:innen angepasst werden? Was können wir außerdem tun?

Ein großer Termin steht bereits in der zweiten Kalenderjahrhälfte 2024 an: **Max Röhricht,** Mitglied im Vorstand der BundesJuPhi, informierte die Runde, dass die nächste Herbsttagung der BundesJuPhi in Baden-Württemberg stattfinden wird.

Da es durch die vorangegangenen JuPhi-Wahlen auch in den einzelnen Bezirken zu Neubesetzungen kam, wurde auch die interne Organisation neu überdacht und professionalisiert. Wie können wir unsere Kräfte sinnvoll bündeln, um neben unserer unterrichtlichen Verpflichtung den Arbeitskreis JuPhi voranzubringen? Die Vorstellung der neuen Bezirksvorstände sowie die Vorstellung der neuen Landesvorsitzenden der JuPhi wurde zudem für den nächsten Termin der 'JuPhi Get Together'-Reihe geplant und vorbereitet.

Die angestrebte Professionalisierung wurde durch einen Expertenvortrag von **Friedrich Pohl,** dem Pressesprecher des DPhV, zum Erstellen einer erfolgreichen Pressemitteilung sinnvoll vorangebracht: Welche äußere Form gibt es zu beachten, wie sollte der inhaltliche Aufbau gestaltet werden? Was sollte um die Pressemitteilung herum organisiert werden und wohin sollte sie gesendet werden, so dass sie möglichst öffentlichkeitswirksam wahrgenommen wird? Und letztlich, welche Kanäle sollten wie bespielt werden? Die JuPhi konnten bei diesem Vortrag wertvollen Input mitnehmen und darüber hinaus auch all ihre Fragen loswerden. Anhand einer vorbereiteten Pressemitteilung wurde die zuvor gelernte Theorie sogleich in die Praxis umsetzen. Die Quintessenz des Vortrags: Es gibt viel zu tun, aber positiv bestärkt kann nun der richtige Weg eingeschlagen werden.

Nach dem Mittagessen ging es frisch gestärkt in die nächste Runde bzw. »und täglich grüßt der Wahlkampf«. Teilweise kontrovers, leidenschaftlich aber stets konstruktiv wurden eine Vielzahl an Ideen gesammelt und diskutiert, die im Anschluss an die WaKaKo weitergeben wurden. Außerdem wurde am Design geeigneter Werbemittel für die Seminarvorstellungen gearbeitet und diese auch noch weiter vorbereitet.

Am Ende der sechs – erfreulich schnell und vor allem produktiv verstrichenen – Stunden wurde zum Abschied noch ein Gruppenfoto gemacht, denn diese positive Stimmung galt es festzuhalten: Auch wenn sich ein arbeitsreiches Kalenderjahr dem Ende zuneigt und es sich bereits jetzt erahnen lässt, dass das nächste Jahr nicht weniger Arbeit mit sich bringt, so waren sich am Ende alle einig, dass die JuPhi das nicht nur gemeinsam schaffen, sondern auch den gesamten Verband durch diese Arbeit im Wahljahr 2024 gut unterstützen werden.

Miriam Plachta

>> Impressionen von der Klausurtagung der Juphi in Stuttgart

>> Der neu gewählte Bezirksvorstand Nordwürttemberg

Schulvertreterversammlung Nordwürttemberg am 23. und 24. November 2023 in Schwäbisch Gmünd

Neuaufstellung für die Zukunft

Wie jedes Jahr trafen sich Ende November die Schulvertreterinnen und Schulvertreter des Bezirks Nordwürttemberg in Schwäbisch Gmünd, wo sie vom Ersten Bürgermeister **Christian Baron** persönlich begrüßt wurden, der auch diesmal die Bedeutung der Bildung und der Lehrkräfte für die Gesellschaft hervorhob.

Abschied und Neuanfang

Turnusgemäß waren Wahlen zum Bezirksvorstand angesetzt. Der bisherige Bezirksvorsitzende **Christian Unger**, der Schatzmeister **Peter Landfried** und die stellvertretende Vorsitzende **Ursula Kampf** hatten bereits vorab erklärt, für die neue Legislaturperiode aus persönlichen Gründen nicht mehr zur Verfügung zu stehen.

Diese Nachricht war für den übrigen Bezirksvorstand nicht leicht. Umso mehr als die drei den Bezirk in den vergangenen Jahren hervorragend aufgestellt und sicher durch die krisenreiche Pandemiezeit geführt haben. Sie haben eine konstruktive und wertschätzende Arbeitsweise in den Vordergrund gestellt, sich konsequent dem Teamgedanken verschrieben und immer mit ganzem Herzblut dem Philologenverband gewidmet.

Persönliche Entscheidungen sind aber nicht nur zu respektieren, sondern auch zu unterstützen. Wir sind uns allerdings sicher, dass von Christian Unger und Peter Landfried trotz ihres Rückzuges auch in Zukunft wertvolle Impulse ausgehen werden, und wir wissen, dass sie immer für den Philologenverband da sind.

Dass Ursula Kampf nicht wieder angetreten ist, betrifft nicht nur den Bezirk, sondern das ganze Land, denn hier wird schmerzhaft bewusst, dass langsam eine Ära des Kampfes für die Arbeitnehmerbelange zu Ende gehen wird. Ihre unschätzbare Expertise und ihr großes Wissen rund um alle Tariffragen sind ein Pfund, mit dem der Philologenverband seit Jahren wuchern kann. Dank ihr wird der PhV auch als Verband wahrgenommen, der sich für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen stark macht. Aber auch hier sind wir sicher, dass Ursula Kampfs Stimme in Zukunft Gehör finden wird und wir weiter auf sie zählen können.

Der Bezirk bedankt sich bei allen dreien ganz herzlich für ihren Einsatz und ihr Engagement für den Philologenverband Nordwürttemberg!

Dass die scheidenden Vorstandsmitglieder eine gut eingespielte Mannschaft aufgestellt haben, zeigte sich auch im neuen Personaltableau, mit dem der erweiterte Bezirksvorstand ein Team um **Laura Schönfelder** und **Alex Epp** ins Rennen schickte, die alle bereits im Vorstand tätig waren.

Das hat die Schulvertreterinnen und Schulvertreter überzeugt, die die Kandidatinnen und Kandidaten in den einzelnen Wahlgängen ohne Gegenstimmen annahmen. Zur neuen Bezirksvorsitzenden wurde die bisherige JuPhi-Vorsitzende Laura Schönfelder gewählt. Zu ihrem Stellvertreter wurde der bisherige Beisitzer Alex Epp gewählt. Die Nachfolge im Amt des Schatzmeisters übernimmt **Martin Brenner**, das Amt des Schriftführers hat nun **Siegmar Scheffold** inne.

>> Laura Schönfelder und Alex Epp *(1. Vorsitzende und 2. Vorsitzender)* des Bezirks Nord-Württemberg

Die bisherige Beisitzerin **Beatrix Verse** wurde im Amt bestätigt und ist als Nachfolgerin von Ursula Kampf zukünftig für Arbeitnehmerfragen zuständig. Neue Beisitzerin ist **Anne Käßbohrer**.

Die Stellvertreterinnen und Stellvertreter sind: **Ralf Rohrschneider** (für den stellvertretenden Vorsitzenden), **Andrea Pilz** (für den Schatzmeister) und **Jochen Baumann** (für den Schriftführer).

Das Team verstärken die neue Ju-Phi-Vorsitzende für Nordwürttemberg **Cornelia Schuster** und ihr Stellvertreter **Philipp Mühlbach**.

»Ich möchte nicht nur die gute Teamarbeit im Vorstand fortsetzen, sondern auch die Schulvertreterinnen und Schulvertreter noch stärker einbinden. Sie wissen, wo in den Kollegien der Schuh drückt und wo die Bildungspolitik an der Lebenswirklichkeit der Schule vorbeigeht. Ihre Erfahrungen und Rückmeldungen bilden das Herzstück unserer Verbandsarbeit«, sagte die neue Bezirksvorsitzende Laura Schönfelder.

Personalratswahl und Informatives

Ein weiterer Schwerpunkt dieser Schulvertreterversammlung war natürlich die bereits im April anstehende Personalratswahl und die damit verbundene Listenaufstellung, die gewohnt souverän von **Edelgard Jauch** moderiert wurde. Da dies zwar eine der wichtigsten – aber nicht spannendsten – Aufgaben der Schulvertreterversammlung ist, waren alle froh, dass es noch Zeit für einen intensiven Austausch zu berufs- und bildungspolitischen Fragen gab. Informative Referate wurden zum Beispiel vom HPR-Vorsitzenden **Jörg Sobora** und unserem Landesvorsitzenden **Ralf Scholl** vorgetragen. Dass wir in der G9-Debatte einen entscheidenden Schritt vorangekommen sind, hat Ralf Scholl zu unser aller Freude ausführlich erläutert.

Vortrag von Dr. Thomas Hölz

Den Höhepunkt des zweiten Tages stellte der informative Vortrag von **Dr. Thomas Hölz** dar, dem Leiter des Gymnasialreferats des RP Stuttgart, der extra den weiten Weg nach Gmünd auf sich nahm und sich auch durch Regen und Sturm nicht davon abhalten ließ. Neben einem kurzen Blick auf die angespannte Personalsituation, Stichwort ‘Lehrermangel’, stellte Dr. Thomas Hölz vor allem fundiert die datengestützte Qualitätsentwicklung an den Schulen vor, so dass nun alle Schulvertreterinnen und Schulvertreter besser wissen, was ab diesem Schuljahr an den Gymnasien auf sie zukommt. Zudem nahm sich Dr. Hölz die Zeit, um auch weitere Fragen aus dem Plenum zu beantworten und zu hören, wo die Kolleginnen und Kollegen noch offene Themenfelder sehen.

Der Philologenverband Nordwürttemberg schätzt den wichtigen und gewinnbringenden Austausch mit der Referatsspitze sehr und freut sich schon darauf, Dr. Thomas Hölz ein nächstes Mal in Gmünd begrüßen zu dürfen.

Ausblick

Der neue Bezirksvorstand wird sich um die zahlreichen Arbeitsfelder engagiert kümmern und dazu auch zu Beginn des Jahres 2024 eine zweitägige Klausurtagung abhalten.

Wir hoffen auf eine erfolgreiche Personalratswahl im April und rufen alle Mitglieder dazu auf, durch viele Gespräche in unseren Kollegien zu unserem Erfolg beizutragen!

Bezirksvorstand Nordwürttemberg

Wichtig:

Mitteilung Ihrer aktuellen E-Mail-Adresse an den PhV BW

Liebe PhV-Mitglieder,

auch der PhV BW wird immer digitaler: Damit Sie die aktuellen Informationen, Materialien und Serviceangebote des PhV BW erhalten, benötigen wir eine E-Mail-Adresse von Ihnen!

Wenn Sie noch nie oder in letzter Zeit keine E-Mail vom PhV BW erhalten haben, schicken Sie doch bitte einfach eine E-Mail mit Ihrem Namen an info@phv-bw.de!

Sie können Ihre aktuelle E-Mail-Adresse im internen Mitgliederbereich der PhV-Homepage unter https://intern.phv-bw.de/ nach dem Login mit Ihren Zugangsdaten in der Rubrik ➔ *Mein Konto* selbst überprüfen. Ist dort keine oder eine veraltete E-Mail-Adresse hinterlegt, können Sie diese unter ➔ *Kommunikationsart* selbst ändern. – Bitte vergessen Sie dabei nicht, anschließend unten auf der Seite auf ➔ *Speichern* zu klicken!

Bei Fragen oder Problemen können Sie sich jederzeit an die PhV-Landesgeschäftsstelle wenden – am einfachsten direkt per E-Mail an info@phv-bw.de.

Vielen Dank und beste Grüße

Ralf Scholl
PhV-Landesvorsitzender

>> Bei den Wahlen herrschte große Einigkeit

45. Schulvertreterversammlung des PhV-Bezirksverbands Südwürttemberg am 19. und 20. Oktober 2023 im Bildungsforum Untermarchtal

Informationen, Diskussionen und Neuwahl des Bezirksvorstands

Die diesjährige Schulvertreterversammlung in Untermarchtal stand ganz im Zeichen der Wahlen: Ein neuer Bezirksvorstand sollte gewählt werden und die Abstimmungen zu den Kandidatenlisten für die Personalratswahlen im April 2024 standen auf der Tagesordnung.

Natürlich gab es daneben aber auch wieder aktuelle Berichte aus Personalrat und Verbandsarbeit auf Bezirks- und Landesebene. Höhepunkte waren die Beiträge des PhV-Landesvorsitzenden, **Ralf Scholl,** und des Vorsitzenden des Hauptpersonalrates, **Jörg Sobora**. Auch die Referentinnen des RP Tübingen, LRSD'in **Ellen Butzko-Willke,** Leiterin des Referats 75 allgemeinbildende Gymnasien des RP Tübingen, und RSD'in **Petra Rauch,** Personalreferentin, konnten wieder Wichtiges berichten und Fragen beantworten.

Bericht des PhV-Landesvorsitzenden

Ralf Scholl eröffnete den Nachmittag mit einer Übersicht zu Positionen und Aktivitäten des Philologenverbandes auf Landesebene. Die Unterstützung des PhV für die G9 jetzt!-Initiative erläuterte er an verschiedenen Beispielen – den Erfolg konnten wir am 26.

>> Ralf Scholl, Vorsitzender des PhV BW, referiert über aktuelle politische Themen

Oktober 2023 in einer Pressekonferenz sehen. Schwerpunkte der Verbandsarbeit sind das Engagement für die Arbeitszeiterfassung der Lehrkräfte, die eigentlich schon längst gesetzlich vorgeschrieben ist. Einen weiteren Fokus setzt der Verband auf die amtsangemessene Besoldung der Lehrkräfte. Auch die Abrechnungspraxis von MAU an den verschiedenen Schulen des Bezirkes wurde diskutiert, ebenso wie die Einschränkung der Teilzeit: Ab dem Schuljahr 2023/2024 soll es Teilzeit 'aus sonstigen Gründen' ja im Regelfall nur noch mit mindestens 75 Prozent geben.

Informationen aus dem BPR und dem PhV-Bezirksvorstand

Berichte aus dem BPR Gymnasien beim RP Tübingen und aus dem Bezirksvorstand folgten. Die BPR-Mitglieder **Regina Hoch-Veser** und **Dieter Grupp** berichteten über die Schwerpunkte der Arbeit des BPR. Diese bestehen unter anderem in der Beratung von ÖPR, Lehrkräften und im Einzelfall zuweilen auch Schulleitungen. Vom RP wird der BPR unter anderem bei Einstellung, Krankheitsvertretungen, Versetzung und Abordnung sowie Beförderungen nach A14 beteiligt. Vor allem die angespannte Situation bezüglich der Beförderungen nach A14 wegen der geringen Anzahl an Beförderungsstellen und vieler Kollegen, die in der Warteschlange stehen, macht diese Arbeit enorm wichtig.

Cord Santelmann, 1. Vorsitzender des PhV-Bezirksverbands, stellte die vielfältigen Aktivitäten des Bezirksvorstands dar, **Pascal Maucher** und **Maximilian Röhricht** die Arbeit der Jungen Philologen, die zahlreiche Aktionen und Veranstaltungen im Bezirk Südwürttemberg auf die Beine gestellt haben. Auch die Seniorenarbeit kam im letzten Jahr wieder in Schwung und bot interessante Treffen und Angebote, wie **Sieglinde Selinka** berichtete.

Neuwahl des Bezirksvorstands

Der erste Nachmittag konnte erfolgreich mit der Entlastung von Rechner und Bezirksvorstand und dann der Neuwahl des Bezirksvorstandes abgeschlossen werden. Der neue Bezirksvorstand setzt sich wie folgt zusammen:

- *1. Vorsitzender:* **Cord Santelmann**
- *2. Vorsitzender:* **Thomas Pierdzioch**

- *Rechner:* **Gerhard Hartmann**
- *Schriftführerin:* **Yvonne Keppler**
- *Beisitzer/Beisitzerin:* **Ursula Dingler** und **Johannes Gießler**
- *Kassenprüferin:* **Ingrid Wagenhuber**
- *stellvertrtender Kassenprüfer:* **Ulrich Brandt**
- *zusätzliche Vertreter des Bezirks im PhV-Hauptvorstand:* **Boris Exner** und **Karin Kriesell**.

>> Der neu gewählte Bezirksvorstand Südwürttemberg

Aktuelle Informationen aus dem Regierungspräsidium

Am zweiten Tag der Schulvertreterversammlung wurden LRSD'in Ellen Butzko-Willke und RSD'in Petra Rauch, die Referentinnen des RP Tübingen, begrüßt. Ellen Butzko zeigte sich erleichtert, dass nach Abflauen der Corona-Pandemie wieder der Alltag an den Schulen eingekehrt ist, außerunterrichtliche Veranstaltungen wieder möglich sind und auch viel in Anspruch genommen werden. Es müssten nur noch juristische Details geklärt werden, wie die vertraglichen Grundlagen bzw. die Haftung bei der Buchung und Bezahlung von AUV zu sehen seien. Es sei eine weitere Zunahme der Heterogenität an den Schulen zu beobachten, die unter anderem durch die ukrainischen Kinder und Jugendlichen in den Regelklassen verursacht werde. Die schulpsychologischen Beratungsstellen berichteten vermehrt von Schulangst und fehlender bzw. gestörter Leistungsbereitschaft.

Digitalisierung und KI in der Schule waren weitere Themen, die Ellen Butzko aufgriff. Beim Umgang mit digitalen Endgeräten zeige sich eine große Kluft zwischen schwachen und starken Schülerinnen und Schülern.

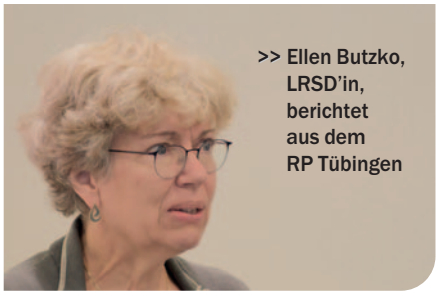
Des Weiteren ging Ellen Butzko auf die Verschiebung der Abiturtermine ein, die sicher »kreative Lösungen für Mathematik« von den Schulleitern erforderten, da die Korrekturzeiträume und die Umschlagtermine nicht geändert werden könnten. Im Austausch kamen verschiedene Aspekte des Abiturs und die Belastung der Kollegien durch die zahlreichen Dienstbesprechungen der Fachberater Schulaufsicht zur Sprache.

Die Personalreferentin Petra Rauch erläuterte anhand der vielen Einstellungsverfahren, welchen Herausforderungen das RP bezüglich der Lehrereinstellung und -versorgung gegenübersteht. Die verschiedenen Ausschreibungsverfahren, die sich über das Jahr verteilen, wurden erläutert. Es tauchten Fragen nach Möglichkeiten eines Wechsels von einer Gemeinschaftsschule an das allgemeinbildende Gymnasium auf. Hier wurde festgestellt, dass ein Wechsel von der GMS zum allgemeinbildenden Gymnasium wegen der schlechteren Versorgung der GMS mit gymnasialen Lehrkräften praktisch ausgeschlossen ist. An beruflichen Schulen und an Gemeinschaftsschulen gibt es allerdings jedes Jahr viele Dutzend Lehrkräfte, die an das allgemeinbildende Gymnasium wechseln wollen. Petra Rauch ging auf die Einschränkung der Teilzeit aus 'sonstigen Gründen' ein und berichtete von großen Engpässen in der Lehrerversorgung.

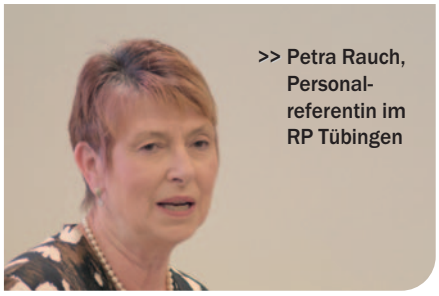
Bericht des HPR-Vorsitzenden

Jörg Sobora, der HPR-Vorsitzende, berichtete aus der Arbeit des HPR. Sehr ausführlich ging er auf die einzelnen personalvertretungsrechtlichen Beteiligungsverfahren ein und berichtete über die Einigungsstellenverfahren zur Änderung der Distribution der Abituraufgaben sowie zum Prozess der Ziel- und Leistungsvereinbarungen und zu einzelnen umstrittenen Versetzungen und Bestellungen von Personen in Funktionsstellen. Jörg Sobora erläuterte auch das Instrument des 'Beschlussverfahrens' und berichtete von den Beschlussverfahren zum Lernmanagementsystem itslearning, zu den Vorgaben zum Fernunterricht und zur Festlegung der Abiturumschlagtermine. Zuweilen musste sich der HPR dabei anwaltlich beraten lassen.

Jörg Sobora berichtete auch von Themen, die den HPR momentan beschäftigen, zum Beispiel dem Betrieblichen Gesundheitsmanagement (Schulische Gesundheitstage, ArbMedVV, Bildschirmarbeitsplatzvorsorge), der sicherheitstechnischen und



>> Ellen Butzko, LRSD'in, berichtet aus dem RP Tübingen



>> Petra Rauch, Personalreferentin im RP Tübingen

>> Jörg Sobora berichtet aktuelles aus dem HPR

Termin jetzt schon vormerken!
24. und 25. Oktober 2024
Schulvertreterversammlung
Südwürttemberg

betriebsärztlichen Betreuung der Schulen durch die B.A.D GmbH, die zentrale Erhebung im Rahmen der Ziel- und Leistungsvereinbarungen und vieles mehr.

Ein Treffen, bei dem man dabei sein muss!

Insgesamt boten diese zwei Tage auch wieder die Möglichkeit des regionalen und überregionalen Austausches. Interessante Themen konnten angesprochen werden, Beschlüsse gefasst und neue Aufgaben und Aktivitäten in Betracht gezogen werden. Geselligkeit und gemütliches Beisammensein kamen am Abend in der Kellerbar auch wieder zu ihrem Recht.

Seltsamerweise waren viele Schulen auf der Schulvertreterversammlung nicht vertreten. Warum eigentlich? Vielleicht finden manche Schulvertreter den Ort der Veranstaltung nicht attraktiv? Oder haben Schwierigkeiten, sich für zwei Tage ehrenamtlicher Tätigkeit vom Unterricht beurlauben zu lassen?

Daher möchte ich an dieser Stelle eine persönliche Anmerkung machen: Um echte innerverbandliche Demokratie zu leben und Verbandsarbeit zu gestalten, muss man auf eine solche Veranstaltung gehen! Hier bekommt man eine Fülle aktueller Informationen, die man an die Lehrkräfte der eigenen Schule weitergeben kann. Für das leibliche Wohl wird im Übrigen immer hervorragend gesorgt, da die Küche darauf ausgerichtet ist, gesunde Kost und auch vegetarische oder vegane Speisen anzubieten oder auf Allergien Rücksicht zu nehmen. Nicht zuletzt ist der Abend in der Kellerbar eine willkommene Gelegenheit zum zwanglosen überregionalen Austausch in gemütlicher Atmosphäre. Dabei kann man Kontakte knüpfen, sich über Probleme austauschen oder alte Bekannte wieder treffen.

Es lohnt sich also immer ungemein, dabei zu sein.

Yvonne Keppler, Schriftführerin im PhV-Bezirksvorstand Südwürttemberg

>> Die Gruppe der AG Frauen bei der Arbeit

Herbsttagung der AG Frauen im Deutschen Philologenverband

Unter der Leitung von Gabriela Kasigkeit tagte die Arbeitsgemeinschaft der Frauen im Deutschen Philologenverband (DPhV) vom 17. bis 18. November 2023 in Fulda.

Engagement zum bundesweiten Vorlesetag 2023

Zeitgleich zur Herbsttagung fand in diesem Jahr der bundesweite Vorlesetag statt, eine Initiative von *Die Zeit, Stiftung Lesen* und *Deutsche Bahn Stiftung*. Im Wissen um die Bedeutung einer sehr guten Lesefähigkeit als Voraussetzung für schulischen Erfolg engagierten sich die Frauenvertreterinnen beim Vorlesen an verschiedenen Orten in Fulda. In der nahegelegenen Buchhandlung Paul & Paulinchen hörten die Kindergarten- und Grundschulkinder gespannt den Abenteuern von Mika und Kuh Lieselotte zu, in der Kita Maria Ward begeisterten die spannenden Geschichten von Karlchen und Luzie Raptor die kleinen Zuhörerinnen und Zuhörer. Um auch über den Vorlesenachmittag hinaus zum gemeinsamen Lesen und Vorlesen zu ermutigen, konnten die Kolleginnen alle kleinen Lesefreunde mit einem eigenen Buch beschenken und der Kita-Leiterin Gertrud Muth ein umfangreiches Bücherpaket überreichen, welches hoffentlich große Freude bereiten wird.

>> Martina Scherer, Heike Völker und Dr. Teresa Eigenmann von den DPhV Frauen lesen vor

Martina Scherer durfte mit Heike Völker und Dr. Teresa Eigenmann in der Kita vorlesen. Bei dieser Gelegenheit gab unsere stellvertretende Landesvorsitzende auch noch zwei Kinderlieder zum Besten und beim Bewegungslied ‘Das Auto von Lucio’ hatten alle Beteiligten ihren Spaß.

Fit und Innovativ in der Schule – Kongress der DPhV-Frauen

Darüber hinaus wurde der Kongress **Fit und Innovativ in der Schule. Gesund im Gymnasium** am 8. März 2024 besprochen. Für die Veranstaltung an der Humboldt-Universität in Berlin konnten die DPhV-Frauen hochkarätige Referenten gewinnen, so zum Beispiel Prof. Dr. Uta Klusmann und Prof. Dr. Marcus Eckert, die in den Impulsvortägen am Vormittag zu den Themen ‘Auf gesunde Lehrkräfte kommt es an’ und ‘Resilienz im Schulalltag’ sprechen werden. Der Nachmittag bietet vielfältige, praxisorientierte Workshops wie Lehrkräfte in Bewegung, Classroom Management, Gesunde Ernährung, Agiler Unterricht, KI – KO oder OK? und Fit for Voice, aus denen alle Teilnehmenden zwei Angebote wählen können. Die Anmeldung zur Veranstaltung erfolgt über die Website https://www.dphv.de/2023/10/20/fit-und-innovativ-in-der-schule-gesund-im-gymnasium-kongress-am-8-maerz-2023-in-der-humboldt-universitaet-zu-berlin/.

Liebe Kolleginnen und Kollegen - Sie sind herzlich eingeladen!

Die DPhV-Frauen freuen sich auf Ihr Kommen!

Dr. Teresa Eigenmann und **Martina Scherer**

Thema aktuell

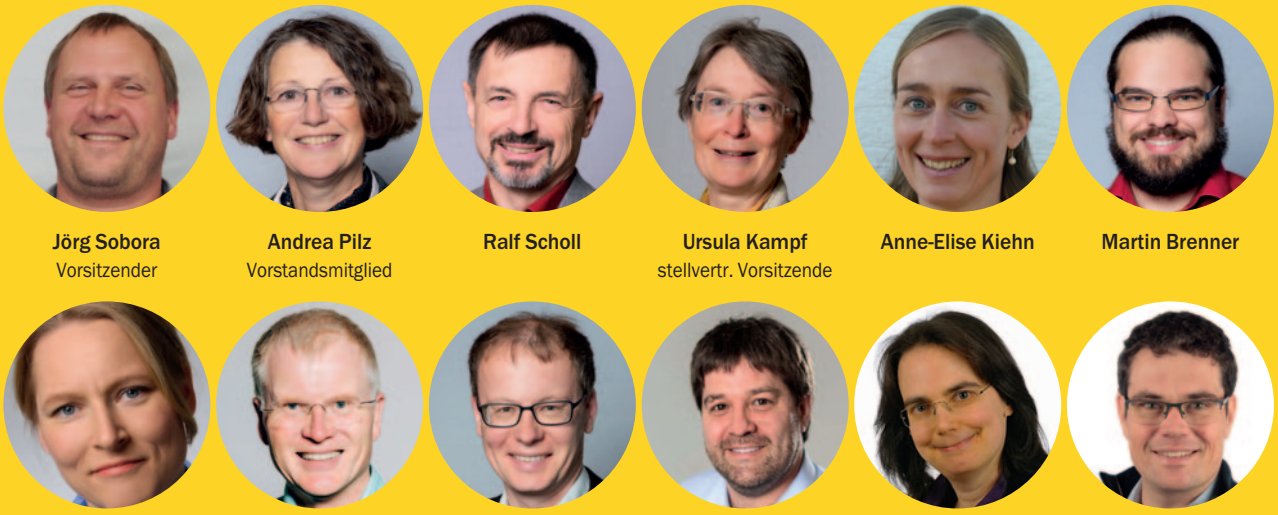
heute: SPD

SPD fordert: Wahlfreiheit G8/G9 bereits zum Schuljahr 2024/2025 umsetzen!

von **Dr. Stefan Fulst-Blei, MdL**

Man möchte laut ausrufen: Endlich! Nach jahrzehntelanger Blockadehaltung von Landesregierungen unter Führung von CDU oder Grünen ist jetzt endlich eine Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium (G9) abzusehen. G8, Anfang der 2000er Jahre völlig überstürzt in Baden-Württemberg von CDU und FDP eingeführt, soll nun zurückgeführt werden auf das, was es eigentlich von Anfang an auch nur sinnvoll sein konnte: eine mögliche Schnellläuferoption. In all diesen Jahren war die SPD die einzige Partei, die immer wieder eine Rückkehr zu G9 gefordert hat. Und auch wenn dies als Regelform lange nicht gegen die Grünen durchsetzbar war, hat es sich doch als richtig erwiesen, 2012 einen Modellversuch auf den Weg zu bringen, der klar nachweisen konnte, wie viel pädagogisches Potenzial in einem neunjährigen Gymnasium steckt. Damals konnte die Tür einen Spalt geöffnet werden und in der Zwischenzeit ist dieser Spalt sogar noch breiter geworden, auch dank den über 100 000 Eltern und Initiatorinnen der Bürgerinitiative. Uns war immer klar: Kinder brauchen Zeit zum Lernen! Jugendliche brauchen Zeit zum Lernen! Junge Erwachsene haben im Studium und im Beruf bessere Chancen, wenn sie einen gewissen Grad an Reife erreicht haben. All dies sprach von Anfang an für ein neunjähriges Gymnasium.
Aber auch die Frage der Bildungsgerechtigkeit: Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) hat in einer Studie nachgewiesen, dass junge Menschen, deren Eltern nicht über den gewissen Geldbeutel oder Bildungshintergrund verfügen, es deutlich schwerer haben, im G8 zu bestehen. Die Rückkehr zu G9 ist für mich deshalb auch ein zutiefst sozialdemokratisches Anliegen. Die von der SPD ermöglichten Modellschulen konnten in den vergangenen Jahren wertvolle Erfahrung sammeln, wie ein Gymnasium auf neun Jahre ausgestaltet werden kann. Ein Besuch etwa am Annette-Padberg-Gymnasium in Mosbach hat mir einmal mehr gezeigt, was mit Blick auf Vereinsengagement oder auch an individueller Förderung möglich ist. Wir haben diesen Modellversuch 2012 auch ins Leben gerufen, um zu testen, wo an welcher Stelle eine Dehnung möglich ist. Dabei habe ich immer dafür plädiert, nicht nur an einer flexiblen Oberstufe anzusetzen. Dies würde bedeuten, die Schülerinnen und Schüler in den unteren Klassen nicht zu entlasten. Für uns muss G9 frühzeitig damit ansetzen, die Stundenzahl zu dehnen. Dies kostet übrigens pauschal kaum mehr Lehrerstellen. Was Lehrerstellen kostet, ist, wenn das Land in qualitative Verbesserungen investiert - und nach Vorstellung der SPD muss das insbesondere im Bereich Informatik sowie politischer Bildung passieren. Dies würde unsere Schulen mit Blick auf Gesellschaft wie Volkswirtschaft zukunftssicherer aufstellen. Auch eine Stärkung anderer Fächer kann in diesem Kontext geprüft werden. Man muss aber der Versuchung widerstehen, ein sehr großes Belastungspaket im Sinne von mehr Unterrichtsstunden zu schnüren. Genau dies würde drohen, wenn alle Fachgruppen eine deutliche Aufstockung ihrer Schulstunden verlangen würden. Es geht an dieser Stelle auch um eine Work-Life-Balance für Schülerinnen und Schüler. Es geht darum, Inhalte sich auch einmal setzen lassen zu können, zu wiederholen, gezielt zu fördern. Dies braucht Zeit. Dies müssen wir aus dem vergangenen Jahren G8 gelernt haben. Und ja, auch das Gymnasium wird sich immer wieder, wie auch in der Vergangenheit, der Diskussion stellen müssen, wie eine zeitgemäße, gymnasiale Ausbildung aussehen muss. Mit Blick auf die bloße Frage, die Wahlfreiheit G8/G9 zu ermöglichen, darf dies aber nicht als Ausrede herbeigezogen werden, mit der Entscheidung noch lange zu warten. Die SPD-Landtagsfraktion mit ihrem Vorsitzenden Andreas Stoch fordert konkret die Ermöglichung von G8 und G9, möglichst zum Schuljahr 2024/2025. Die bisherigen Debatten im Landtag können hier allerdings nicht beruhigen. Grüne, aber auch CDU, scheinen hier sehr zögerlich zu sein. Insbesondere mit Blick auf den Ministerpräsidenten steht einmal mehr der Verdacht im Raum, dass es im Wesentlichen darum geht, diese sinnvolle Maßnahme so weit wie möglich nach hinten zu schieben. Einmal mehr ist der Finanzhaushalt dem Ministerpräsidenten wohl wichtiger als Bildungsgerechtigkeit. Dies dient aber weder den Schulen noch dem Interesse unseres Landes an gut qualifizierten jungen Menschen, die wir dringend für Hochschulen und berufliche Ausbildung benötigen. Für die SPD ist klar: G9 jetzt!

Für Sie im HPR Gymnasien beim KM | Für Sie im HPR Gymnasien beim KM | Für Sie im HPR



Jörg Sobora Vorsitzender | **Andrea Pilz** Vorstandsmitglied | **Ralf Scholl** | **Ursula Kampf** stellvertr. Vorsitzende | **Anne-Elise Kiehn** | **Martin Brenner**

Anne Käßbohrer | **Cord Santelmann** | **Christian Unger** | **Björn Sieper** | **Stefanie Wölz** | **Konrad Oberdörfer**

Für Sie im HPR außerschulischer Bereich

Michael Belz

Der PhV im HPR und HPR asB

phv BW Philologenverband Baden-Württemberg

A14 konventionell Mai 2024

Im konventionellen A14-Beförderungsverfahren Mai 2024 stehen landesweit 63 Stellen im öffentlichen Schuldienst und landesweit 9 Stellen im Privatschuldienst/Auslandsschuldienst zur Verfügung.

Der HPR Gymnasien hatte dafür plädiert, keinen weiteren Beförderungsjahrgang aufzumachen, da in allen vier Regierungsbezirken genügend Lehrkräfte vorhanden sind, die die Kriterien für eine Beförderung in den bereits geöffneten Jahrgängen erfüllen und seit langer Zeit auf Grund von nur wenigen Beförderungsstellen auf ihre Beförderung warten. Außerdem hat der HPR Gymnasien dem Kultusministerium davon abgeraten, bereits jetzt die dienstlichen Beurteilungen für den Beförderungsjahrgang 2009 (ÖSD) und 2010 (PSD) anzufordern, da damit Schulleitungen und die betroffenen Kolleginnen und Kollegen viel Arbeit und Aufwand haben bei praktisch keiner Chance, wirklich befördert zu werden. Das Kultusministerium hat aber trotzdem die dienstlichen Beurteilungen für die Beförderungsjahrgänge 2009 (ÖSD) und 2010 (PSD/ASD) angefordert und die entsprechenden Jahrgänge geöffnet. Die 63 Stellen im ÖSD verteilen sich folgendermaßen auf die Regierungspräsidien:

Regierungspräsidium Stuttgart	22
Regierungspräsidium Karlsruhe:	18
Regierungspräsidium Freiburg:	15
Regierungspräsidium Tübingen:	8

Die neun Stellen im PSD/ASD verteilen sich folgendermaßen auf die Regierungspräsidien:
RPS: 1 | RPK: 4 | RPF: 3 | RPT: 1

Moodle-Migration

Der HPR hat nach den beiden Schreiben des Kultusministeriums zum Thema an die Schulen im November eine Vielzahl an Zuschriften und Problemanzeigen von Moodleadministratorinnen und -administratoren, Mitgliedern der Personalräte oder auch interessierten Lehrkräften bekommen.

Die wesentlichen Klagen waren, dass der technische Support und die Fortbildungen (quantitativ und qualitativ) zur Sache ausgebaut werden sollten und zeitnah und kompetent erfolgen müssten. Des Weiteren plädierten alle dafür, das Tempo des Umzugs zu verlangsamen. Die gesetzten Termine seien zu ambitioniert. Der HPR Gymnasien forderte deshalb eine realistische Terminsetzung und Planung. Die Anmeldung wurde als zu kompliziert bezeichnet. Es müsse zeitnah Informationen zur neuen Rolle bzw. Funktion des zuständigen Organisations-Administrators an den Schulen für das Identitäts- und Access Management (IdAM-OrgAdmin) geben. Der Hauptpersonalrat hat das Kultusministerium genau darum gebeten und aufgefordert, Anrechnungen für Moodle-Administratorinnen und -administratoren zu vergeben, zumindest im Jahr der Migration. Das Kultusministerium hat Informationen zur Rolle und den Kompetenzen des IdAM-OrgAdmins versprochen, aber eine Anrechnung abgelehnt. Das KM versicherte ebenfalls, dass mittlerweile genügend Informationen zur Migration für alle vorlägen.

Das Kultusministerium informierte außerdem, dass das bisherige Moodle durch die Schulen bzw. Schulträger bei BelWü beauftragt worden war. BelWü hat den Dienst aufgekündigt. Der 30. Juni 2024 sei das letzte mögliche Datum eines Umzugs, da dann der Service für das Betriebssystem dort auslaufe und ab dem Datum dann Sicherheitslücken nicht mehr bearbeitet werden. Das Datum sei also nicht durch das KM gesetzt. Der Umzug mit automatisierter Unterstützung sei ein freiwilliges Angebot. Man müsse bei der Migration von Moodle auf die Landeslösung drei Fälle unterscheiden:

Fall 1 – Eine Schule wünscht einen automatisierten Umzug der bestehenden Moodle-Inhalte in die Digitale Bildungsplattform: Dafür musste die Schule bis zum 22. Dezember 2023 den Antrag auf den automatisierten Umzug mittels Onlineformular stellen. Die Daten würden dann in eine

technisch notwendige Zwischenumgebung geladen und zu einem späteren Zeitpunkt (Frühjahr 2024) erfolge dann die Datenmigration in die Zielumgebung. Zu gegebener Zeit müsse die Schule dann die Inhalte markieren, die im schulischen Moodle der Bildungsplattform zur Verfügung stehen sollen.

Fall 2 – Eine Schule wünscht ein leeres Moodle in der Digitalen Bildungsplattform: Es erfolge kein 'automatischer' Umzug der Daten. Ab dem Moment der Bereitstellung des leeren Moodles bis zur finalen Abschaltung der Moodle-Instanz bei BelWü (30. Juni 2024) könne die Schule dann selbst bestimmen, wann sie welche Inhalte selbst transferieren möchte.

Fall 3 – Eine Schule möchte das schulische Moodle außerhalb der Bildungsplattform weiter betreiben: Diese Schulen müssten sich in Absprache mit dem Schulträger bis 30. Juni 2024 um eine Betriebsumgebung gekümmert haben und die Migration selbst durchführen. Mit dem Betrieb in eigener Verantwortung sei auch verbunden, datenschutzrechtliche und andere Aspekte der Betriebssicherheit zu klären.

Erlasse zur Einschränkung der Teilzeit aus sonstigen Gründen

Der HPR Gymnasien hat versucht zu klären, wie Kolleginnen und Kollegen, die nicht mindestens 19 Deputatsstunden in Teilzeit (75 Prozent) arbeiten möchten, dies erreichen können. Im Wesentlichen können Kolleginnen und Kollegen einen sogenannten atypischen Fall nur mit gesundheitlichen Einschränkungen begründen, die dann auch ärztlich bescheinigt werden müssen. Trotzdem rät der HPR Gymnasien, auch Anträge mit anderen guten Begründungen zu stellen und bei Ablehnung des Antrags den jeweils zuständigen Bezirkspersonalrat um Unterstützung zu bitten.

Der HPR Gymnasien weist darauf hin, dass bei Ablehnung des Antrags und keinen weiteren Willensbekundungen des Betroffenen (zum Beispiel einem weiteren TZ-Antrag aus sonstigen Gründen über 75 Prozent) unter Umständen mit einer Vollbeschäftigung gerechnet werden muss.

Winprosa versus ASV/UPM

Der HPR Gymnasien setzt sich für eine Nachprogrammierung von ASV BW ein, damit die Oberstufenberater keine doppelte Arbeit mehr haben. Momentan nutzen die Gymnasien vorwiegend das Programm Winprosa für die Oberstufen- und Prüfungsverwaltung und müssen nun auf Grund der Einführung des Moduls UPM auch Daten in ASV BW eintragen, damit UPM sinnvoll verwendet werden kann. Ziel muss es sein, dass das vom Land bereitgestellte Programm ASV die Funktionalitäten von Winprosa anbietet.

Einsatz für mehr A14-Beförderungsstellen

Der HPR Gymnasien hat sich zum wiederholten Male für Stellenhebungen nach A14 eingesetzt und die Unwucht bei der Zahl der Stellen in den Haushaltskapiteln Gemeinschaftsschule bzw. Gymnasien kritisiert.

Jörg Sobora

Werben in Gymnasium Baden-Württemberg

Anzeigenannahme:
Caroline Dassow
dassow@dphv-verlag.de
Telefon: +49 211 3558104

BPR ZSL neu im Amt

Die Wahlen zum BPR ZSL sind erfolgreich zu Ende gegangen und ein neuer BPR ZSL ist gewählt. Mit Thomas Schwan, Sabine Hertweck und Michael Belz ist der Philologenverband auch in diesem Gremium wieder mit hoher Sachkompetenz vertreten und kann die Interessen der Seminare wirkungsvoll unterstützen.

Insgesamt war die Wahlbeteiligung bei dieser Wahl recht niedrig. Das mag zum einen daran liegen, dass der Termin so kurz vor Weihnachten sicher nicht ganz optimal gewählt war, zum anderen dürfte es aber auch daran liegen, dass ein Teil der rund 6500 wahlberechtigten Beschäftigten des ZSL erkannt haben wird, dass dieser BPR ZSL für sie keinerlei Bedeutung hat. Hier gilt es für die Zukunft einmal zu überprüfen, ob nicht doch eine Anpassung des LPVG ins Auge gefasst werden müsste.

Unterstützung für Lehrbeauftragte an den Seminaren

Bedingt durch die rückläufigen Referendarszahlen stehen immer mehr Seminare vor dem Problem, »zu viele« Lehrbeauftragte zu haben. Mancherorts reichen die zugewiesenen Zahlen schlicht nicht aus, um alle Lehrbeauftragten mit einem neuen Kurs zu versorgen. Hier ist der Philologenverband mit dem ZSL im Gespräch, um nach gemeinsamen Lösungen zu suchen, damit die Lehrbeauftragten weiter an den Seminaren gehalten und mit sinnvollen Aufgaben entsprechend ihrer Expertise versorgt werden können. Außerdem fordert der Philologenverband eine praktikable Lösung für Beförderungsstellen von A13 nach A14 auch an den Seminaren. Wird eine solche nicht in Bälde geschaffen, fehlt neben der intrinsischen Motivation (kein Kurs) auch noch die extrinsische (keine Chance auf Beförderung), um sich weiter mit hohem Engagement an den Seminaren einzubringen. Das wäre im Ergebnis fatal für die Qualität der Ausbildung.

Michael Belz

Zwei intensive Tage zu Theorie und Praxis der ÖPR-Arbeit

Knapp zwanzig Mitglieder örtlicher Personalräte an Gymnasien im Bereich des RP Tübingen haben am 23. und 24. November an einer Personalräteschulung des PhV-Bezirksverbands Südwürttemberg im Bildungsforum Untermarchtal teilgenommen. Sie wurden intensiv zu den Grundlagen des Personalvertretungsrechts geschult und hatten reichlich Gelegenheit zur Diskussion von Fragen und Fallbeispielen aus dem ÖPR-Alltag. Daneben gab es aktuelle Informationen aus BPR, HPR, Arbeitnehmervertretung, Bezirkswahlvorstand und Schwerbehindertenvertretung.

Cord Santelmann, Vorsitzender des PhV-Bezirksverbands und des BPR Gymnasien beim RP Tübingen, übernahm den Grundschulungs-Part. Anhand der wichtigsten Paragraphen des Landespersonalvertretungsgesetzes stellte er in Form von 'Fragen und Antworten' die Rechte und Aufgaben des Örtlichen Personalrates dar. Dabei konnten eine Vielzahl konkreter Fragen aus der ÖPR-Praxis beantwortet werden. Das PhV-Schulungsmaterial fand eine sehr positive Resonanz.

Über das Thema 'Personalratswahlen 2024' und Themen wie 'Beschäftigtenbegriff', 'aktives und passives Wahlrecht' und 'Aufgaben des örtlichen Wahlvorstands' informierte kompetent der Vorsitzende des Bezirkswahlvorstands Gymnasien, **Heinz Einwiller**. Die komplexen Regelungen und Verfahren rund um die Personalratswahlen wurden dabei von ihm gekonnt vermittelt.

Eine längere Reihe von im Vorfeld eingereichten Fragen und Fallbeispielen wurden eingehend von den beiden Mitgliedern des BPR Gymnasien beim RP Tübingen, **Ingrid Wagenhuber** und **Johannes Gießler,** erläutert.

Grundsätzliches zur besonderen Situation der Lehrkräfte im Arbeitnehmerverhältnis stellte sehr engagiert die PhV-Arbeitnehmervertreterin im BPR, **Ursula Dingler,** dar. Es handelt sich bei den L.i.A. (Lehrkräften im Arbeitnehmerverhältnis) zwar nur um eine kleine Gruppe – diese ist aber vielfältig benachteiligt, sodass sie ein spezielles Augenmerk des ÖPR braucht. Außerdem kämpfen (und streiken!) Arbeitnehmerlehrkräfte bei den aktuellen Tarifverhandlungen für Verbesserungen, die dann in der Regel auch zeit- und inhaltsgleich den Beamtinnen und Beamten zugutekommen.

Aktuelle Themen und Informationen aus der Arbeit des BPR Gymnasien beim RP Tübingen wurden von **Regina Hoch-Veser** und **Dieter Grupp** vorgetragen. Sie gingen insbesondere auf den Beförderungsstau bei der A14-Beförderung und die Einschränkungen bei Teilzeit und Sabbatjahr ein, wozu es auch viele Fragen aus dem Plenum gab.

Christine Vöhringer, Bezirksvertrauensperson der schwerbehinderten Lehrkräfte an Gymnasien im RP Tübingen, informierte in ihrem Impulsvortrag über die Struktur der Schwerbehindertenvertretung und Handlungsmöglichkeiten des ÖPR zur Unterstützung von längerfristig oder chronisch erkrankten bzw. schwerbehinderten Lehrkräften. Christine Vöhringer war aus organisatorischen Gründen hybrid per Video zugeschaltet, konnte aber dennoch ohne technische Probleme kompetent auf die Fragen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer eingehen. Dabei ging es um Nachteilsausgleiche für Schwerbehinderte und Gleichgestellte, BEM (Betriebliches Eingliederungsmanagement) und vieles mehr.

Termin jetzt schon vormerken! 21. und 22. November 2024 Personalräteschulung Südwürttemberg

Über die vielfältigen Aktivitäten des Hauptpersonalrats Gymnasien beim Kultusministerium in Stuttgart informierte umfassend dessen Vorsitzender, **Jörg Sobora,** der auch Mitglied des BPR Gymnasien beim RP Tübingen ist. Er berichtete über die Mitbestimmungsrechte des HPR und personalvertretungsrechtliche 'Hebel' wie Beschlussverfahren und Einigungsstelle sowie die aktuellen Themen, bei denen sich der HPR für Verbesserungen der Arbeitssituation an den Schulen einsetzt.

Am Donnerstagabend hatten Referenten und Teilnehmer beim geselligen Ausklang in der Kellerbar Gelegenheit, einzelne Themen zu vertiefen und sich überregional zu vernetzen.

Cord Santelmann, 1. Vorsitzender des PhV-Bezirksverbands Südwürttemberg

>> Christine Vöhringer, Beauftragte für Chancengleichheit

>> Johannes Gießler, Mitglied im BPR Tübingen

>> Jörg Sobora, Vorsitzender des Hauptpersonalrats

>> Ursula Dingler, Arbeitnehmervertreterin im BPR Tübingen

Aktuelle Themen aus dem BPR, HPR und aus dem RP KA

Der Herbst ist eingezogen und damit geht schon traditionell die Personalräteschulung des Bezirkes Nordbaden einher.

In Bad Herrenalb informierten die Mitglieder des BPR Karlsruhe die örtlichen Personalräte zu den anstehenden Themen und auch der informelle Austausch und individuelle Fragen kamen nicht zu kurz.

Fotos [5x]: Miriam Plachta

>> Björn Sieper, Vorsitzender des Bezirks Nordbaden

>> Martina Scherer, stellvertretende Landesvorsitzende des PhV BW

Björn Sieper und **Martina Scherer** eröffneten die Tagung mit aktuellen Informationen zu den bevorstehenden Beförderungen im RP Karlsruhe.

Mit den Änderungen des Kultusministeriums und der Regierungspräsidien bezüglich der außerunterrichtlichen Veranstaltungen wurde ein weiterer wichtiger Punkt für die Arbeit an den Schulen erörtert. Wichtig ist dabei ab sofort:

1. Lassen Sie diese Mustervollmacht des Kultusministeriums auf jeden Fall unterzeichnen!
2. Bitte achten Sie darauf, dass Sie im Vertrag bzw. in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen mit dem Reiseunternehmen ***keinen* Passus oder eine Klausel** haben, der Sie als Vertragspartner nennt. Bestehen Sie auf einem solchen Vertrag, denn sonst bleiben Sie rechtlich immer noch der Vertragspartner (und damit bliebe die Haftung bei Ihnen als Person).
3. Weisen Sie die Erziehungsberechtigten strikt darauf hin, dass sie keine Person mitnehmen, die bis zur Stornofrist nicht bezahlt hat, so können dann auch keine Kosten für Sie entstehen. Machen Sie hiervon keine Ausnahmen!

Allerdings bleiben immer Fragen offen, um deren eindeutige Klärung sich der Philologenverband bemüht und über die Sie der Verband bei neuen Erkenntnissen zeitnah informieren wird.

Mit den Erörterungen zur Ziel- und Leistungsvereinbarung und der Unterrichtsmitschau war die Auswahl der aktuellen Themen für Oktober und November 2023 abgeschlossen.

Aus dem Regierungspräsidium Karlsruhe hielt der Leiter des Referates 72, **Dr. Martin Steffens,** einen Vortrag mit Diskussionsrunde zum Themenkomplex ‘Dienstaufsichtsbeschwerde und Missbilligung’.

>> Dominik Diemer, Bezirks- und Hauptwahlvorstand

Im April 2024 stehen die Wahlen auf allen Ebenen der Personalvertretung an, daher hielt **Dominik Diemer,** der Bezirks- und Hauptwahlvorstand, einen Vortrag zum Prozedere der Wahlen und wies auf einige Fallstricke und wichtige Fristen hin.

Meike Brück und **Mathias Fuchs** gaben einen Einblick in zwei Vorträge des PhV. Als erstes wurde der ‘Umgang mit Teilzeit’ beleuchtet, wobei hier der Fokus auf teilbaren und unteilbaren Aufgaben lag, um dann im

>> Meike Brück, Mitglied des BPR Karlsruhe

>> Mathias Fuchs, Mitglied des BPR Karlsruhe

zweiten Vortrag ‘Einfluss von Teilzeit auf die Pension’ in die Auswirkungen von Teilzeit zu münden. Die Mitglieder aus dem BPR bieten diese Vorträge für Personalversammlungen vor Ort an den Schulen an. Die Örtlichen Personalräte dürfen und sollen den BPR sehr gern an die eigene Schule einladen, mit oder ohne Vortrag.

Jedes Jahr stellt die Fragerunde der Örtlichen Personalräte einen wichtigen Teil der Veranstaltung dar. Die aktuellen Fragen werden im Plenum besprochen, und somit wächst die ‘Schwarmintelligenz’ der Personalräte an den Schulen. Man kommt mit den Nachbarschulen in Austausch und nimmt Anregungen und neue Impulse mit an die eigene Schule.

Am Abend war der Austausch aber noch lange nicht beendet, denn bei den geschätzten – und in der Coronazeit sehr vermissten – Kamingesprächen gingen die Unterredungen zwischen den Schulen weiter und Probleme oder bestimmte Situationen an den Schulen wurden geteilt und diskutiert.

Der HPR-Vorsitzende, **Jörg Sobora,** stellte am zweiten Tag die zentralen Themen vor, die den HPR diesen Herbst beschäftigten: A14-Kriterien und -Ausschreibungsstellen (Forderung nach Stellenhebungen), mögliche

Entlastungen, Abiturprüfungen und deren immer kürzer werdende Korrekturzeiträume. Er beleuchtete aber auch mehrere aktuelle, bei den Einigungsstellen anliegende Verfahren wie die Abituraufgabendistribution, das Procedere um die Ziel- und Leistungsvereinbarungen und die Genese des gerichtlichen Vergleichs zu den Korrekturtagen.

Wie schon seit vielen Jahren war das Finale der Veranstaltung der Vortrag der Leitenden Regierungsschuldirektorin **Dagmar Ruder-Aichelin**, der Leiterin des Referates 75. Auf der Schulung der örtlichen Personalräte sprach sie aktuelle Themen wie die Schulgesetzänderung, die Unterrichtsmitschau, die Mindestunterrichtsverpflichtung für Teilzeitler und die Ziel- und Leistungsvereinbarungen an. Außerdem stand sie den Kolleginnen und Kollegen wie gewohnt Rede und Antwort zu Fragen in Bezug auf Einstellung und Versetzung, die Versorgung der Schulen und zu Beförderungsstellen und Ausschreibungen.

Das PhV-Team des BPR Karlsruhe stand während der Tagung den Mitgliedern der örtlichen Personalvertretungen die gesamte Zeit mit Rat und Tat zur Seite.

Meike Brück und **Martina Scherer**

Es ist an der Zeit!

Es mag durchaus nachvollziehbare wahltaktische Gründe haben, warum sich unser Ministerpräsident Winfried Kretschmann immer noch gegen ein flächendeckendes G9 in Baden-Württemberg sträubt, die Sachgründe sprechen jedoch eine andere Sprache. Seit den ersten Abiturjahrgängen G8 klagen die Professoren an den Universitäten insbesondere über mangelnde Schreibfertigkeiten der Studierenden beim Verfassen von Texten, die Lesefertigkeiten bei Wissenschaftsliteratur werden ebenfalls stetig bemängelt. Natürlich mussten die Bildungspläne am Gymnasium abgespeckt werden, um die Inhalte in acht Jahren an die Schülerschaft vermitteln zu können.

Nun haben sich die Eltern zu Wort gemeldet, eine Bürgerinitiative ins Leben gerufen, die ihresgleichen sucht im Ländle. Das Votum ist eindeutig, die Anzahl der Unterschriften für G9-jetzt gar überwältigend. Um den Felsen zu umschiffen, ruft die Regierung ein Bürgerforum ins Leben, doch auch dieses spricht sich mit klarer Mehrheit und einer langen Liste an Empfehlungen für eine Rückkehr zu G9 aus.

Alle anderen Flächenbundesländer der Republik haben die Rückkehr zu G9 bereits vollzogen, und dies aus gewichtigen Gründen. Die ursprüngliche Idee, die Jugendlichen über G8 früher ins Berufsleben zu bringen und somit den Standort Deutschland wettbewerbsfähiger zu machen, hat sich nicht bewahrheitet. Besonders in Baden-Württemberg umgehen viele Schüler das G8 über die beruflichen Gymnasien, um kein Turboabitur machen zu müssen. Gerade die Besten wissen, dass sie an dieser Schulart ihren Notendurchschnitt nochmals verbessern können und ihnen dann der Weg zu den NC-Fächern an den Universitäten offen steht. Auch viele Gemeinschaftsschulen im Ländle bieten nun die allgemeine Hochschulreife an, in neun Schuljahren!

Was bedeutet das für das allgemeinbildende Gymnasium? Der Verlust an Quantität und an Qualität bei den Bildungsinhalten vermittelt nur noch eine unzureichende Studierfähigkeit. Diese sollte eigentlich das primäre Ziel der gymnasialen Ausbildung sein. Wissenschaftspropädeutisches Arbeiten in der Kursstufe ist aus Zeitgründen kaum mehr machbar. Es geht vielmehr darum, in so kurzer Zeit wie möglich so viel wie möglich an die Schülerschaft zu bringen. Das darf und kann nicht die Zielsetzung sein. Ein Übergang von der frühen Oberstufe in die Kursstufe muss zielführend ausgestaltet werden. Dafür braucht es ein weiteres Schuljahr nach der 10. Klasse, um nach BOGY, nach den zentralen Klassenarbeiten, nach dem Abschluss, der ja auch an den Gymnasien zur mittleren Reife führt, einen quantitativ und qualitativ hochwertigen Einstieg in die Kursstufe zu ermöglichen.

Kultusministerin Theresa Schopper hat bereits angekündigt, das KM werde einen Marschplan für G9 erstellen. Wann genau, ließ sie bis zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe nicht verlauten. Ausnahmsweise geht es diesmal nicht darum, einem Trend auf Bundesebene zu folgen, wie dies bei einigen Beschlüssen der Kultusministerkonferenz der Fall zu sein scheint. Es geht auch nicht um eine Angleichung der unterschiedlichen Schulsysteme in der Republik.

Es geht um mehr, nämlich um Gerechtigkeit für unsere Kinder in Baden-Württemberg. Die Schülerschaft im Ländle darf nicht aus wahlpolitischen Gründen im nationalen Vergleich abgehängt bleiben. Es ist unsere Pflicht, ihnen die besten Chancen im Wettbewerb mit den Schülern aus anderen Bundesländern zu ermöglichen, denn es geht um ihre Zukunft. Und dafür sollte auch unsere Landespolitik einstehen und ein klares Bekenntnis zu G9 abgeben! Wenn es wieder zur ureigenen Aufgabe der allgemeinbildenden Gymnasien werden soll, auf ein Studium an der Universität vorzubereiten, dann müssen nun die Vorraussetzungen hierfür geschaffen werden. Geben Sie sich einen Ruck, Herr Ministerpräsident, es ist an der Zeit!

Enver Groß

Der Philologenverband BW im Gespräch mit ...

... dem Kultusministerium

>> *v.l.n.r.:* Martina Scherer, Ministerin Theresa Schopper, Karin Fetzner, Claudia Grimm und Ralf Scholl

Der Philologenverband Baden-Württemberg pflegt regelmäßige Gespräche mit den Verantwortlichen im Kultusministerium. So fand am 13. November wieder ein Gespräch mit Ministerin **Theresa Schopper** und Vertreterinnen des Gymnasialreferats statt, bei dem **Ralf Scholl, Martina Scherer, Karin Fetzner** und **Claudia Grimm** den Philologenverband Baden-Württemberg vertraten.

Die Gesprächsthemen waren vielfältig: Von den oft sehr knappen Korrekturzeiträumen beim Abitur über den dringenden Appell zu Stellenhebungen von A13 auf A14, um wieder Aufstiegsperspektiven für engagierte Kolleginnen und Kollegen zu schaffen, bis zu einer Erhöhung von Anrechnungsstunden für besondere Aufgaben und für Schulleitungen reichte das Spektrum.

Ganz aktuell war die Forderung nach konstruktiven Überlegungen, wie die juristisch bestehende Verpflichtung aller Arbeitgeber zur Ermittlung der Arbeitszeit ihrer Arbeitnehmer im Schulbereich adäquat umgesetzt werden kann. Es stellt sich nicht mehr die Frage, **ob** das geschehen soll, denn diese ist höchstrichterlich entschieden, sondern **wie** eine echte Zeit-Erhebung korrekt verwirklicht werden kann – aber natürlich ohne irgendwelche praxisferne Arbeitszeitmodelle zu kreieren, die, wie in Hamburg, von unrealistischen Annahmen unterrichtsferner Planer am Schreibtisch konstruiert wurden. Der Philologenverband setzt sich dafür ein, dass unsere vielfältige Arbeit als Lehrkräfte über das Klassenzimmer hinaus wahrgenommen wird, nicht nur das klassische Unterrichten und die unterrichtsnahen Tätigkeiten, sondern die Erhebung und Erfassung aller zusätzlicher Aufgaben muss erreicht werden. Dazu muss eine Definition der Arbeit der Lehrkräfte erfolgen, denn eine fast ständig wachsende und unerschöpfliche Liste an Tätigkeiten kann nicht über die reine Unterrichtsverpflichtung abgegolten werden, beginnend bei Abituraufgaben, über außerunterrichtliche Veranstaltungen, gefolgt von Beratungsgesprächen über Schulentwicklung bis hin zu Verwaltungsaufgaben – und diese Punkte stellen nur einen kleinen Auszug dar. Ebenso dringend war unsere Bitte, dass die Kultusministerin sich endlich für die Einstellung von Verwaltungsassistenten stark machen möge, um die Lehrkräfte von außerunterrichtlichen bürokratischen Tätigkeiten zu entlasten.

Auch die drohende Schließung des Michelberg-Gymnasiums, die Schülerlenkung, die verbreitet nur an Gymnasien durchgeführt wird, und eine Verbesserung der Altersermäßigung zur Erhaltung der Arbeitsfähigkeit der Lehrkräfte bis zur Pensionsgrenze wurden thematisiert.

Das Kultusministerium wurde zu zwei ganz wesentlichen Problemen um – insbesondere juristische – Hilfestellung ersucht:

1. Eine Handreichung zum Umgang mit KI in der Schule ist erforderlich, denn keine Lehrkraft kann die juristischen ‘Fallstricke’ einschätzen, die sich aus dem von verschiedenen Seiten eingeforderten Umgang mit KI am Gymnasium ergeben.
2. Die Problematik der Buchung und Haftung von Lehrkräften bei außerunterrichtlichen Veranstaltungen ist – entgegen anderslautenden Behauptungen anderer Lehrervertretungen – längst nicht zufriedenstellend gelöst. Hier muss der Dienstherr dringend handeln, denn dadurch, dass das Land sich aus der Verantwortung als Vertragspartner geschlichen hat, können erhebliche juristische Probleme für die planenden Lehrkräfte entstehen. Oft ist es gar nicht möglich, bei Buchungen als Vertreter der Schüler bzw. Eltern zu handeln, weil diese noch gar nicht bekannt sind – beispielsweise bei der Reservierung von Kennenlern-Aufenthalten kommender Fünftklässler oder Probentagen von Schulchören. Auch der DJH verwendet Vertragsbedingungen, die nur den Unterzeichner als Vertragspartner akzeptieren – das kann und sollte keine Lehrkraft unterschreiben! Diese rechtliche Lücke muss dringend von den Juristen im Kultusministerium durch ‘wasserdichte’ Vertragsvorlagen geschlossen werden, um die Kolleginnen und Kollegen vor großen Risiken zu bewahren.

Und wieder zeigte es sich: Es ist für beide Seiten hilfreich und notwendig, in den Dialog zu gehen und Fragen aus der Praxis für die Praxis zu klären!

Karin Fetzner

>> Blick in etwa die Hälfte des Plenumssaals

Zu Gast bei Freunden

Auf dem Philologentag 2023 des PhV Niedersachsen

Der Niedersächsische Philologentag, der traditionell im Hotel 'Der Achtermann' in Goslar stattfindet, ist eine jährliche, gut besuchte Delegiertenversammlung mit über 300 Teilnehmenden. Dieses Jahr stand er unter dem Motto: **'Mit Entlastung und Wertschätzung gesunde Schule gestalten'**. Auch die aktuellen Tarifauseinandersetzungen der Länder wurden angesprochen.

Die Tagung begann am Dienstagabend mit einem Empfang für geladene Gäste, bei dem der Landesvorsitzende, **Dr. Christoph Rabbow,** die Veranstaltung mit einer thematischen Ausführung zum Motto einleitete. Danach war eine gute Gelegenheit zu Gesprächen und zur Vernetzung gegeben.

Der Mittwoch begann am Vormittag mit einem öffentlichen Teil:

Der PhVN-Landesvorsitzende forderte in seiner Begrüßungsrede, das System Schule müsse wieder ins Gleichgewicht kommen. »Lernen und Lehren ist anstrengend, wir sind nicht zum Spaß in der Schule! Unterricht

>> Christoph Rabbow (PhVN) und Alexander Zimbehl (NBB)

>> Julia Hamburg, die grüne Kultusministerin in Niedersachsen

kann nicht nur erlebnisorientiert, sondern muss ergebnisorientiert sein.« Und an die anwesende Kultusministerin **Julia Hamburg** gerichtet: »Die Anerkennung unserer Arbeit durch Ihre Briefe, Frau Ministerin Hamburg, ist nett gemeint und wir nehmen Ihnen die Ernsthaftigkeit ab, allerdings kann man sich am Ende des Monats nichts davon kaufen. Wertschätzung kommt von Wert und da erwarten wir ganz konkrete Vorschläge. Außerdem muss es möglich sein, die von uns erwarteten Aufgaben auch leisten zu können, und es dürfen nicht ständig neue Aufgaben von immer weniger Schultern getragen werden.« Nur ein attraktives Arbeitsumfeld und konkrete Entlastungen könnten für einen Abbau des aktuellen Lehrkräftemangels sorgen. »Lehrergesundheit ist Bildungsgerechtigkeit, denn die Aufgaben sind vielschichtig und fordernd. Die Schule muss für Schüler und Lehrer ein Wohlfühlort sein, darum braucht man vielfältige Investitionen in Gebäude, Ausrüstung und Technik.« Viele Versuche in den verschiedenen Bundesländern, den Lehrkräftemangel zu beheben, seien mehr gewollt als gekonnt, weil sie das Kernproblem, gut qualifizierte Lehrkräfte zu gewinnen und langjährig im Beruf zu halten, völlig verfehlten. Zur Basis von Bildungserfolgen zeigte Rabbow eine klare Haltung: Die Aufgabe der Grundschulen sei, dass die Kinder solide Lese-, Schreib- und Rechenfähigkeiten bis zum Übergang in die weiterführenden Schulen erwerben, nicht Wisch- und Klicktechniken! Eine bessere Steuerung der Übergänge erleichtere den Bildungsauftrag nach dem Schulgesetz, man dürfe Demokratie nicht mit Beliebigkeit verwechseln.

Gleich danach folgte eine kämpferische Rede von **Alexander Zimbehl,** dem Vorsitzenden des niedersächsischen Beamtenbunds, der sehr deutliche Worte an die grüne Kultusministerin richtete: »Lassen Sie die Finger von den ideologischen Vorstellungen Ihrer Grünen Jugend von einem Gesamtschulsystem und bleiben Sie bei unserem bewährten differenzierten Schulsystem, das jedem Kind seine passende Laufbahn bietet! Um Bildungsgerechtigkeit zu schaffen, bedarf es eines differenzierten Bildungssystems, in dem das Gymnasium mit seinen kennzeichnenden Ansprüchen und seinem spezifischen Niveau bewahrt bleibt. Nur so kann man der Heterogenität und Vielfalt von Kindern und Jugendlichen gerecht werden.« Zimbehl forderte von Julia Hamburg sehr deutlich, auf die Tarifforderungen der Länder einzugehen und dem öffentlichen Dienst so die gebührende Wertschätzung entgegenzubringen. Unterstützt wurde er durch die über 300 Delegierten, die alle mit dbb-Schals und hochgehaltenen Plakaten – wie eine Wand – die Forderungen optisch unterstrichen.

Julia Hamburg sah sich auch bei ihrem Grußwort noch einer Phalanx von hochgehaltenen Plakaten gegenüber, die die Tarifforderungen bekräftigten. Die Ministerin berichtete von einigen Punkten, bei denen sie den Wünschen der Lehrkräfte entgegengekommen war: Mehr Schulpsychologen eingestellt, kein Zusammenlegen von Fächern, in den Grundschulen

>> Das Präsidium des PhV Niedersachsen

mehr Zeit für die Basiskompetenzen. Sie betonte, dass die inhaltlichen Impulse des Philologenverbandes im Ministerium immer Gehör fänden und bot an, die dicken Bretter der Bildungspolitik gemeinsam zu bohren. Auf so manche der detaillierten Forderungen ging sie nicht ein.

>> Prof. Dr. Alexander Jatzko

Nach einem Grußwort der Goslarer Oberbürgermeisterin folgte der spannende Fachvortrag von **Dr. Alexander Jatzko,** Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie, Chefarzt am Klinikum Stillachhaus Oberstdorf, zum Thema ‘Digitale Welt – Analoges Gehirn: Auswirkungen auf die Schule und Gesellschaft. Was können wir tun?’ Dabei führte er aus, dass die Allgegenwart von digitalen Geräten häufig der Lern- und Konzentrationsfähigkeit eher abträglich als nützlich sei. Man müsse genau abwägen, was man wann im Unterricht einsetze, und insbesondere das Alter der Lernenden berücksichtigen. Digitalisierung sei kein Selbstzweck, sondern müsse dem pädagogischen Primat unterworfen werden.

>> *v.l.n.r:* Karin Fetzner, Susanne Lin-Klitzing, Christoph Rabbow

Prof. Dr. Susanne Lin-Klitzing, die Vorsitzende des DPhV, beschloss den ersten Teil der Sitzung mit einem Grußwort.

Am Nachmittag waren interne Beratungen und Beschlüsse angesetzt, über 200 Anträge wurden diskutiert und vier Resolutionen verabschiedet, die die aktuellsten Themen und drängendsten Probleme an den Schulen abbilden. »Wir haben Beschlüsse zu den wichtigen Themen Gesunde Schule für alle, Künstliche Intelligenz, Besoldung sowie Einheitsschule, Einheitslehrkräfte, Leistungsabsenkung, gefasst. Wir erwarten von unserer Kultusministerin, dass sie diese Konzepte nicht nur mit in Gesprächskreise mitnimmt, sondern diese auch endlich umsetzt und so deutliche Verbesserungen für Schulen, Lehrkräfte und Lernende schafft«, so Rabbow.

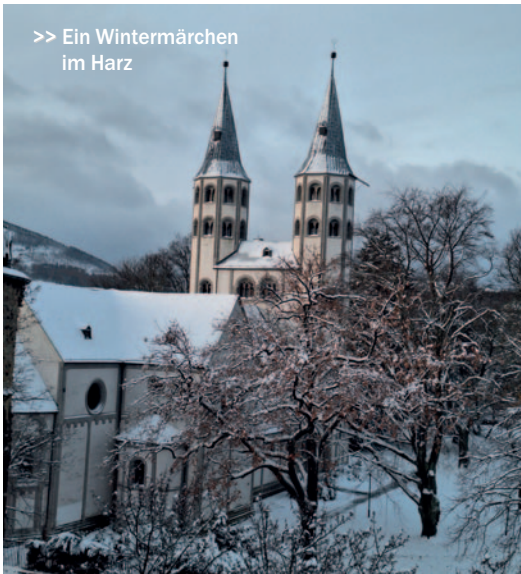
Am Donnerstagvormittag sprach **Andrej Priboschek** vom Onlineportal News4teachers zum Thema ‘Nur Stress und Frust? Wie die Bildungspolitik für ein gesünderes Schulsystem sorgen könnte’ zu den Delegierten. Dabei bezog er sich schwerpunktmäßig auf die Corona-Zeiten und die damals von der Politik beschlossenen Vorgehensweisen, die oftmals nicht den Notwendigkeiten und Bedürfnis-

>> Ein Super-Plakat der Niedersachsen

sen der Lernenden und Lehrkräfte entsprachen. Fazit: Die Betroffenen, also die Schulen vor Ort, müssten prinzipiell mehr Gehör bei den verantwortlichen Entscheidungsträgern finden. Priboschek sieht seinen News4teachers-Kanal als Sprachrohr für die Lehrkräfte, »unabhängig und überparteilich«, wobei er sich jedoch auch anhören musste, dass die Dauer-Präsenz der GEW und die starke Propagierung einer »inklusiven Schule für alle« in den Mitteilungen als recht einseitig empfunden wird. Der Philologenverband äußerte den dringenden Wunsch, dass die Berichterstattung zukünftig ausgewogener erfolge und der Philologenverband mehr sichtbar sei.

Nach diesem kontroversen Beitrag von außen ging die Tagung mit den vom Vortag noch zu bearbeitenden internen Themen ihrem Abschluss entgegen.

Karin Fetzner


>> Ein Wintermärchen im Harz

Ein Hochamt für die Gemeinschaftskunde

Auf der Festveranstaltung im Landtag anlässlich des 70jährigen Jubiläums unserer Landesverfassung wechselten sich Verfassungsromantik und kritische Würdigung ab. Gerade Art. 21 (2), im Wortlaut: »In allen Schulen ist Gemeinschaftskunde ein ordentliches Lehrfach.«, führte zu Verzückung. Aus Sicht einer Gemeinschaftskundelehrerin ist das durchaus verwunderlich. Kein Fach ist derart marginalisiert wie Gemeinschaftskunde – trotz Verfassungsrang.

von Claudia Grimm

Die Landtagspräsidentin hatte Vertreterinnen und Vertreter aus dem Volk in den Landtag geladen. Neben den üblichen Verdächtigen fanden sich auch einige Schülerinnen und Schüler ein. Das Volk sei durch die Verfassungsgebung konstituiert worden, so erfahren alle eingangs. Identität durch Verschriftlichung, der Gesellschaftsvertrag lässt grüßen.

Aber wie gut kennt das Volk sich eigentlich? Oder anders gefragt: Warum liegt bei der Festveranstaltung die Landesverfassung auf jedem Platz, wenn sie doch ein Teil von uns ist? Bei einem Video-Einspieler soll dann auch deutlich werden, wie wenig die Menschen in Baden-Württemberg über ihre Verfassung wissen – und wie stolz sie gleichzeitig darauf sind, also auf die Verfassung. Der Festredner, Historiker an der Universität Mannheim, betont die Qualität der aktuellen Landesverfassung und ihrer Vorgänger. Insbesondere die Verfassung von Württemberg-Baden von 1946 (!) wird als Vorläufer auch des Grundgesetzes gelobt. Eine föderale Ordnung als Reaktion auf die Gleichschaltung durch die Nationalsozialisten und als Versuch, eine neue Orientierung zu geben, werde heute nicht genug geschätzt. Zusammengefasst: Der Föderalismus könne mehr als man ihm zutraue.

Verfassungen müssten aber immer als Kinder ihrer Zeit verstanden werden. Die religiöse Perspektive und der entsprechende Duktus sei vermutlich eine Reaktion auf den Werteverlust in den Jahren des Nationalsozialismus. Und: Vieles sei auch auf die Heterogenität der Verfassungsgeber zurückzuführen. Täter und Gegner des Regimes, Mitläufer und Opfer, alle fanden sich in den Gremien plötzlich an einem Tisch wieder. Weitere zentrale Konfliktlinien verliefen vor allem zwischen den Konfessionen. Zudem veränderten Heimatvertriebene und Geflohene in großer Zahl alteingesessene Strukturen. »Heimat« als »unveräußerliches Menschenrecht« (Art. 2 (2)) fand den Einzug in die Verfassung.

Hervorgehoben werden erwartungsgemäß die gestärkten direktdemokratischen Elemente. Wie schwer sich aber einige Parteien tun, dem Volk dann auch wirklich zuzuhören und Gesagtes ernst zu nehmen, hatte bei einer Festveranstaltung im Landtag keinen Raum. Auch zur ambivalenten Sicht auf den Bildungsföderalismus sowie der KMK-Fixierung, wenn einem selbst nichts einfällt, war nichts zu hören. Oder: Wie genau interpretieren wir in Baden-Württemberg heute gleichwertige Lebensverhältnisse? Das alles wäre eine Diskussion wert gewesen.

Stattdessen erfahren einzelne Artikel und die Wortwahl größere Aufmerksamkeit. Fordert die Landesverfassung gar einen Gottesstaat? Das hatte die Grüne Jugend vor rund zehn Jahren lautstark befürchtet. Sollten in zukünftigen Verfassungsänderungen die religiösen Bezüge gestrichen werden? Da scheint es aktuell wohl keine Bestrebungen und vielleicht auch (noch) keine Mehrheiten zu geben.

Neue Ausrichtungen der Landesverfassung, wie die Wahrung der natürlichen Lebensgrundlagen und die Absenkung des aktiven Wahlalters auf sechzehn Jahre, werden als qualitative Weiterentwicklungen der zumindest sprachlich in die Jahre gekommenen Verfassung gesehen. Schulen hätten eine große Verantwortung, Schülerinnen und Schüler zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern zu erziehen. Da treffe es sich ja gut, dass Gemeinschaftskunde »ein ordentliches Lehrfach« sei, also in Baden-Württemberg Verfassungsrang habe.

In verschiedenen Beiträgen wird deutlich: Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit fallen bei der Landesverfassung nicht immer zusammen.

Wie sieht denn hier die Verfassungswirklichkeit aus? Schülerinnen und Schüler haben in der Mittelstufe des Gymnasiums insgesamt vier Wochenstunden Gemeinschaftskunde. Dort soll neben dem politischen System Deutschlands (Kommunen, Land, Bund), die EU, Recht und Rechtsordnung der BRD, ein bisschen Soziologie und ein bisschen Frieden sowie natürlich das ganze Paket an Kompetenzen unterrichtet werden. Wahlrecht ab 16 bedeutet theoretisch, die Schülerinnen und Schüler befinden sich bei ihrer ersten Wahl irgendwo zwischen Klasse 9 und 12. Je nachdem, wie die einstündigen Jahre an den Schulen umgesetzt werden, kann es sein, dass bestimmte Klassen(stufen) während eines Wahlkampfes oder einer Wahl gar keinen Gemeinschaftskundeunterricht haben. Blöd, oder?

Aber auch da hilft der Blick in die Landesverfassung weiter: »In allen Schulen waltet der Geist der Duldsamkeit und der sozialen Ethik.« (Art. 17 (1)). Jetzt kann man Duldsamkeit mit Toleranz konnotieren, was der Kontext vermuten lässt. Aber es beschleicht einen dennoch der Gedanke, die Verfassungsgeber hätten das bildungspolitische Trauerspiel der vergangenen Jahre voraus-

geahnt und quasi eine Durchhalteparole in die Verfassung geschrieben… Erdulden müssen alle am Schulleben Beteiligten reichlich. Dies soll kein Plädoyer für eine dauerhafte Komfortzone sein. Aber sehenden Auges die Schule auf Sand zu bauen oder sie in den Sand zu setzen, kann nicht im Sinne der Verantwortung für die künftigen Generationen sein. Der mutwillig marginalisierte Gemeinschaftskundeunterricht ist hier nur ein Beispiel von vielen. Gemeinschaftskunde aber sogleich als die Wunderwaffe gegen neue und alte Verfassungsfeinde anzupreisen, wenn man die notwendigen Rahmenbedingungen nicht im Ansatz schafft? Das hat weder mit Verfassung noch mit Wirklichkeit zu tun!

Hoffen wir mal, dass mögliche Lösungsansätze nicht im »politische-Bildung-fernen« benachbarten Freistaat abgekupfert werden. Neben einer Leitperspektive Demokratiebildung brauchen wir sicher nicht auch noch eine Verfassungsviertelstunde. Sondern, liebe Volksvertreter und Regierenden, macht endlich, was in der Verfassung steht: Gemeinschaftskunde muss ein ordentliches Lehrfach werden! In G8 geht das nicht? Mehr als 100 000 aus dem Volk hätten da einen Vorschlag!

Regionalversammlung Obere Donau

Bezirk Südwürttemberg, Region 67

Termin:
Montag, 26. Februar 2024

Ort:
Restaurant Rosengarten
Gammertinger Straße 25
88499 Riedlingen

Zeit:
von 16:00 bis 18:00 Uhr

Heinz Einwiller, Regionalvertreter Obere Donau Region 64

Außerunterrichtliche Veranstaltungen

»Ich habe gerade 45 000 Euro für die Englandfahrt auf meinem Konto liegen…«

Das Land lässt die Lehrkräfte bei außerunterrichtlichen Veranstaltungen (AuV) weiterhin ziemlich im Regen stehen!

Die Rechtslage bei einer Buchung von AuV ist entgegen anderer Behauptungen oft überhaupt nicht klar – das Land hat sich aus der (Mit-)Verantwortung verabschiedet – der PhV BW hakt nach!

Karin Fetzner
ist stellvertretende Vorsitzende des Philologenverbandes Baden-Württemberg

Wir vom PhV BW setzen uns mit Nachdruck dafür ein, dass die Lehrkräfte vom Dienstherrn hier nicht alleine gelassen werden. Deshalb haben wir im November eine Anfrage an das Kultusministerium gerichtet, um auf die in der Praxis auftretenden Schwierigkeiten und Fallen bei der Buchung von AuV hinzuweisen und Lösungen einzufordern:

Im Auftrag des Kultusministeriums wurden an die Schulen Hinweise und eine Mustererklärung zur Durchführung von außerunterrichtlichen Veranstaltungen verschickt, die leider – entgegen anderen Behauptungen – nach Auskunft unserer PhV-Juristinnen noch eine ganze Reihe von Fragen offen lassen, die den Begleitlehrkräften in der praktischen Arbeit häufig begegnen. Da das Thema AuV aktuell und alljährlich in jeder Schule auf der Agenda steht, wäre es hilfreich, wenn das Kultusministerium ein Papier als rechtlich ‘wasserdichte’ Vorlage für alle Lehrkräfte erstellen würde, das die folgenden Punkte abklärt. So könnte das Kultusministerium gewährleisten, dass Lehrkräfte als Nicht-Juristen nicht vor Probleme gestellt werden:

- Verbindliche Kostenübernahme durch die Eltern bei vorzeitiger Rückreise aufgrund Ausschlusses von der Fahrt. (Grund: eine Schülerin/ein Schüler animiert andere zum Beispiel zu Alkoholexzessen oder Drogeneinnahme oder Ähnlichem, sodass sie/er abgeholt werden oder selbständig zurückreisen muss.) Aus dem Ausland bedeutet dies in der Regel einen Rückflug, da nur so eine sichere Ankunft in Deutschland garantiert werden kann (keine Ausstiegsmöglichkeit). – Es kann nicht sein, dass Lehrkräfte und Schulen mit solchen Fällen allein gelassen werden.
- Abfrage zu möglichen Vorerkrankungen einschließlich Negativ-Erklärung durch die Erziehungsberechtigten – vgl. das aktuelle Urteil im Diabetes-Fall mit Todesfolge, das zu einer gerichtlichen Verurteilung einer Kollegin aus Nordrhein-Westfalen führte.
- Vollmacht für Einweisung in ein Krankenhaus bei Bedarf oder eine Reisevollmacht (etwa mit Taxi und Kostenübernahme), die durch die Eltern für die Begleitlehrkräfte zum Arztbesuch ihres Kindes erteilt wird.

Der Philologenverband würde es begrüßen, wenn unser Dienstherr im Sinne seiner Fürsorgepflicht für die Kolleginnen und Kollegen ein landesweit gültiges Anmeldeformular zur Verfügung stellen würde, das alle Schulen an die Eltern ausgeben können und auf dem juristisch einwandfrei auch die genannten Punkte abgeklärt werden.

Dieses Formular wird sicher etwas sperrig, weil es viele Fälle abdecken muss, aber die Schulen sollten nur noch Ziel, Kosten und ggf. Reiseplan und Programm sowie Begleitpersonen

ergänzen müssen. Die Schulen können keine Verantwortung für rechtliche Formulierungen übernehmen, dazu fehlt ihnen die juristische Expertise.

Zudem sollten die Juristen des KM bitte die folgenden, in der Praxis aufgetretenen Fälle unbedingt abklären:

- Kosten für Notfälle – Fallbeispiel: Bei einer Fahrt erkrankte eine von zwei Begleitlehrkräften eines Nordamerika-Austausches vor Ort, erholte sich nicht, und die Schulleitung hätte wegen der Aufsicht eigentlich eine zweite Lehrkraft als Ersatz hinschicken müssen – wer zahlt so etwas? – Das sind dann mindestens zwei zusätzliche Flüge + Flughafentransfer.
- Kostenübernahme für Auslands-Krankenkosten der begleitenden Lehrkräfte, die mögliche Versicherungstarife übersteigen – die Begleitlehrkraft muss sich absolut sicher sein können, dass sie bei einem Unfall in Nordamerika, der Schweiz, einem anderen EU- oder Nicht-EU-Ausland anschließend nicht auf Behandlungskosten sitzen bleibt.
- Klärung der Kostenübernahme bei verlängertem Aufenthalt aufgrund ernsthafter Erkrankung einer Lehrkraft oder eines Schülers/einer Schülerin: Ein Schüler kann nicht zurückfliegen, weil das Boarding aufgrund Krankheit verweigert wird – er muss ins Hotel oder Krankenhaus. Muss eine Lehrkraft bleiben, um die Aufsichtspflicht zu erfüllen? Wenn ja, wer übernimmt die zusätzlichen Kosten?
- Wie soll mit der Buchung von Reisen für Klassen umgegangen werden, die es an der Schule noch gar nicht gibt (neue Fünftklässler)? In diesem Fall ist die Erteilung einer Vollmacht vorab nicht möglich.
- Wie kann man im Namen von Personen, die noch nicht feststehen, ein Vertragsgeschäft eingehen (etwa eine Orchesterfahrt ein Jahr im Voraus planen und buchen)? Auch in diesem Fall ist die Erteilung einer Vollmacht vorab nicht möglich.
- Lehrkräfte sollen ein ‘zweckgebundenes Konto’ für Zahlungen von Eltern verwenden: Wer kommt für die anfallenden Kontoführungsgebühren auf? Kostenlose Girokonten gibt es, wenn überhaupt, nur noch selten.
- Wie soll mit vorgeschriebenen Vertragsbedingungen von Anbietern, die die persönliche Haftung der Lehrkraft fordern, umgegangen werden? Dies ist zum Beispiel bei Übernachtungen in Jugendherbergen grundsätzlich der Fall. In der ‘Verbindlichen Reiseanmeldungserklärung’ beim DJH heißt es: *»Diese Reiseanmeldung wird verbindlich im Namen und mit Vollmacht aller vorstehend genannten Personen abgeschlossen. Für alle vertraglichen Verpflichtungen, die sich aus dieser Reiseanmeldung ergeben, auch soweit sie sich auf die weiteren genannten Personen beziehen, haftet der Unterzeichner / die Unterzeichnerin. Entsprechend der Reisebedingungen des DJH-Landesverbandes Baden-Württemberg e.V., die ich ebenfalls erhalten habe und ausdrücklich als Vertragsinhalt anerkenne, nehme ich diese verbindliche Reiseanmeldung mit den vorstehenden Angaben vor.«*

Weitere rechtliche Fallen, die eine Schule bzw. die einzelnen Kollegen alleine nicht bewältigen können und sollten:

- Ein landeseigener Rahmenvertrag für Reiseversicherungen für Klassenfahrten wäre sehr wünschenswert. – Aktuell müssen Schulen für eine AuV selbst passende Angebote für Versicherungen (Rücktritt, Abbruch,..) suchen, die dann zum Beispiel auch im Fall einer erkrankten Lehrkraft die Kosten übernehmen. Die Prüfung und Beurteilung der Vertragskonditionen können aber weder die Lehrkräfte noch die Schulen rechtssicher leisten. Da die Schulen auch kein Budget haben, um im Zweifel Versicherungslücken finanziell aufzufangen, weiß die Schulleitung nicht, wie sie die Kollegen und sich selbst hier absichern kann.
- Die Schulen bräuchten ein Schulkonto zum Beispiel bei der L-Bank mit flexiblen Unterkonten, zum Beispiel eines je Lehrkraft oder eines je Projekt, über das Zahlungen sicher und sauber abgewickelt werden können. Hier ist bisher überhaupt nichts geschehen, obwohl es seit zwei Jahren Zusagen seitens des KM gibt, dass dies geprüft werde. Bis heute ist hierzu keine Rückmeldung erfolgt. Andere Bundesländer haben Schulkonten ermöglicht. Nur in Baden-Württemberg soll das nicht möglich sein?!? Vor über einem Jahr bereits haben wir im Rahmen des HPR Gymnasien von Plänen zu diesem Thema gehört. Es scheint, als sei dieser Punkt im zuständigen Referat unter den Tisch gefallen, denn eine Rückmeldung oder gar Bearbeitung steht bis heute aus. Bei der Umsetzung von Schulkonten wäre es zudem unbedingt wichtig, aktive Schulleitungen der verschiedenen Schularten mit einzubeziehen, damit das Ganze nachher vor Ort auch tatsächlich praktikabel ist.

Fazit: Das Thema AuV betrifft jede weiterführende Schule im Land – es ist bei jedem Schullandheim, jedem Schüleraustausch und bei jeder Studienfahrt ein Thema. Selbst bei eintägigen Unternehmungen, die gebucht und bezahlt werden müssen, ist dies relevant. Aktuell muss jede Schule, nein, sogar jede Lehrkraft, für die jeweilige Fahrt eine eigene rechtssichere Anmeldung entwerfen und formulieren. Das geht zu oft schief – und das kann kein Dauerzustand sein. Zudem: Es ist ein zusätzlicher zeitlicher Aufwand angesichts der ohnehin hohen Belastung der Lehrkräfte.

Wir vom PhV könnten uns gut vorstellen, dass viele Teilzeitkräfte aufstocken würden, wenn sie von diesen und vielen weiteren ‘unterrichtsfernen’ Formalitäten entlastet würden. Dies wäre in Zeiten des Lehrkräftemangels ein sehr wünschenswerter Effekt und würde sicherlich auch zur Arbeitszufriedenheit der Lehrkräfte und damit langfristig zur Lehrergesundheit und Attraktivität des Lehrberufs beitragen.

Danke, dass Sie im KM diese Hinweise von uns aus der Praxis ernst nehmen und möglichst bald alle Ihre Lehrkräfte in die Lage versetzen, den Dienst bei AuV rechtssicher zu leisten!

Tarifauseinandersetzungen

ROTE KARTE für die Arbeitgeber in den Ländern!

Der PhV BW bezieht für euch vor dem Finanzministerium Stellung

BLV, Philologenverband und Justiz-Gewerkschaft standen am 14. November 2023 von 11:00 bis 13:30 Uhr gemeinsam vor dem Finanzministerium in Stuttgart zur Mahnwache, die man auch Weckruf nennen könnte. Die Partnerverbände unter dem Dach des BBW zeigten Ministerpräsident Kretschmann und Finanzminister Bayaz in großer Zahl die ROTE KARTE und skandierten lautstark und unüberhörbar ihre Forderungen. Zusammen stellten sie sich unmissverständlich gegen die Verweigerungshaltung der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL), denn trotz steigender Steuereinnahmen und dramatischem Lehrkräftemangel an Schulen lag bis dahin kein Angebot der Arbeitgeber vor. Die Erwartung war, dass die Arbeitgeber auf die Forderung nach 10,5 Prozent mehr Einkommen, mindestens jedoch 500 Euro, eingehen, so wie es im Frühjahr auch beim TVöD vereinbart worden war. Motto des dbb und des BBW: »**Wir sind MEHRWERT!**«

»Lehrkräfte und Schulleitungen hatten die Hinhaltetaktik des Landes so richtig satt. Nicht einmal zu ernsthaften Verhandlungen war man bereit. Ich rufe alle Kolleginnen und Kollegen auf, sich an unseren Aktionen zu beteiligen«, so Thomas Speck, der BLV-Vorsitzende.

Die Ergebnisse der Tarifverhandlungen müssen auf Beamte und Versorgungsempfänger übertragen werden!

Dieser Weckruf vor dem Finanzministerium in der Mittagspause war nur ein Teil der Aktionen des Philologenverbandes Baden-Württemberg. Bereits am 11. November 2023 traf man sich in Schwäbisch Gmünd, organisiert vom Arbeitskreis Arbeitnehmer des Philologenverbandes Baden-Württemberg, und setzte ein Zeichen.

Bei der Großdemo des Beamtenbunds Tarifunion am 30. November 2023 beteiligte sich der Philologenverband Baden-Württemberg ebenfalls mit zahlreichen Mitgliedern und konnte gemeinsam mit 6000 Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes in Stuttgart sehr laut werden.

Wir für euch!

Karin Fetzner und **Martina Scherer**

1 >> Auch der BBW (Jörg Feuerbacher) ist dabei!

2 >> Martina Scherer im Interview

3 >> Das Motto des dbb.

4 >> Wir zeigen Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Finanzminister Danyal Bayaz die roten Karten!

5 >> ... die roten Karten für die Landesregierung!

>> Proteste am 11. November 2023 in Schwäbisch Gmünd

Fotos (2x): Yvonne Keppler

Connect & Create Symposium

Die JuPhi in Klausur in Herrenberg

Vom 20. bis 21 November 2023 trafen sich elf JuPhi aus allen vier Regionen in Herrenberg zu ihrer Herbstklausur. Auf dem vollen Tagungsprogramm gab es neben aller Arbeit auch gesellige Punkte, so dass man sich mit neuen Gesichtern austauschen und die bekannten Gesichter auf den aktuellen Stand bringen konnte – schnell stand fest, man tickt einfach gleich und die Chemie stimmt.

Laut Tagungsprogramm galt es das JuPhi-Positionspapier zu überarbeiten, die Modalitäten für die JuPhi-Wahl zu besprechen und Vorbereitungen zu treffen, sich Gedanken zu den Seminarvorstellungen sowie der Sichtbarkeit für Lehramtsstudierenden an den Universitäten zu machen und nicht zuletzt die Sichtbarkeit der JuPhi im Wahljahr als Unterstützung für die Wahrnehmung des Verbands vor allem bei den jungen Kolleginnen und Kollegen im Land zu planen.

Nach einem kurzen Empfang ging es frisch gestärkt in die erste Arbeitsphase – bei einem offenen Austausch wurden die eigenen Positionen diskutiert und die Überarbeitung des Positionspapiers der JuPhi angegangen – was ist realistisch, was ist zukunftsweisend und was ist bereits veraltet? Außerdem wurde vor dem geselligen, aber durchaus auch lehrreichen Programmpunkt das konkrete Vorgehen für den nächsten Tag geplant.

Bei einer Weinprobe mit dem staatlich geprüften Sommelier Arnold Nölly vom Gasthaus Hasen, drückten die JuPhi selbst einmal wieder die Schulbank und lernten Vieles über die Farben und Aromatik der Weinwelt. Neben allem theoretischem Input durfte natürlich auch der eine oder andere gute Wein verkostet werden – alles ist Geschmackssache!

Beim gemeinsamen Abendessen drehten sich die Gespräche neben einem freundschaftlichen Austausch immer wieder auch um die vorangegangenen Gedanken zur Bildungspolitik und, wen überrascht es, Wein. Im Anschluss fand die Diskussion bildungspolitischer Themen im Seminarraum bis spät in die Nacht ihre Fortsetzung: Wie organisieren wir unsere JuPhi-Wahlen in den Bezirken? Was gibt es noch zu bedenken? Wie stellen wir uns auf?

>> Die Teilnehmenden an der Klausurtagung

Frisch gestärkt ging es am nächsten Tag wieder an die inhaltliche Arbeit, Positionen und Forderungen der JuPhi wurden konkretisiert. Unsere Rolle im anstehenden Wahlkampf für die Wahl der Stufenpersonalräte überdacht – wie können wir Wählerinnen und Wähler für den Verband gewinnen. Hier stellt sich ganz konkret die Frage, wie präsentieren wir uns – nicht nur bei der Seminarvorstellung. Was wollen die Referendarinnen und Referendare von morgen? Was benötigen die Lehrkräfte von heute? Welche Hürden gibt es, wenn es wir Aufmerksamkeit für den Verband bei jungen Kolleginnen und Kollegen schaffen möchten – was ist missverständlich bzw. trifft womöglich auf Ablehnung und was hilft uns, uns und den Verband positiv nach außen zu präsentieren?

An der Sichtbarkeit der JuPhi in den sozialen Netzwerken beispielsweise wurde direkt in Form eines Fotoshooting bei bestem Herbstwetter mit Ines Rudel rund um den Schönbuchturm gearbeitet. Es entstand gutes Bildmaterial für die Außendarstellung. Mit viel Spaß und Inspiration ging es danach zurück in den Tagungsraum, wo es erneut in Kleingruppen an die Arbeit an verschiedenen konkreten Fragen und Projekten ging.

Nach zwei arbeitssamen, aber durchaus erfolgreichen Klausurtagen bleibt am Ende des Connect & Create Symposium in Herrenberg zu sagen: Die JuPhi – ein wirklich guter Jahrgang, angenehm gelb in der Farbe, klar, spritzig und gleichzeitig geerdet.

Miriam Plachta

IMPRESSUM

Die Zeitung 'Gymnasium Baden-Württemberg' erscheint sechsmal im Jahr. Der Bezugspreis für Mitglieder des PhV ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Bezugspreis für Nichtmitglieder pro Einzelheft 'Gymnasium Baden-Württemberg' (inklusive der DPhV-Zeitschrift 'Profil') beträgt 3,– Euro und für ein Jahresabonnement 18,– Euro zuzüglich Versandkosten. Der Betrag wird durch Vorauszahlung jeweils im Dezember erhoben.

Redaktion:
Schriftleiter: Enver Groß *[E.G.]*
enver.gross@phv-bw.de
Pfannenstiel 34
88214 Ravensburg

Redaktionsteam:
Sabine Grobe *[S.G.]*
Helmut Hauser *[H.H.]*
Bettina Hölscher *[HL]*
Edelgard Jauch *[E.J.]*
Anne Käßbohrer *[A.K.]*
Richard Zöller *[R.Z.]*

Herausgeber:
Philologenverband
Baden-Württemberg
Alexanderstraße 112
70180 Stuttgart
Tel.: 0711 2396250
Fax: 0711 2396277
info@phv-bw.de
www.phv-bw.de

Verlag & Anzeigenverwaltung:
Pädagogik & Hochschul Verlag
dphv-verlagsgesellschaft mbh
Graf-Adolf-Straße 84
40210 Düsseldorf
Tel.: 0211 3558104
dassow@dphv-verlag.de
www.dphv-verlag.de

Erscheinungstermin: sechsmal jährlich nach Terminplan. Bestellungen, Umbestellungen und Reklamationen bitte direkt an die Geschäftsstelle des Philologenverbandes Baden-Württemberg.

Ein **Online-Beitrittsformular**, den **Hinweis zum Datenschutz** und den **Datenschutz zum Newsletterversand** sowie die aktuell gültigen **Mitgliedsbeiträge** finden Sie unter

www.phv-bw.de/mitgliedschaft/

GYMNASIUM. GEMEINSAM. GESTALTEN.

1. Unterricht muss oberste Priorität haben!
Qualitativ hochwertiger Unterricht bildet die Kernaufgabe, die Schule zu leisten hat. Daher fordern wir mit Nachdruck, die Lehrkräfte von ausufernder Bürokratie und unterrichtsfremden Aufgaben zu entlasten. Nur so bleibt ihnen genügend Zeit, um ihren Unterricht so zu gestalten, dass unsere Schülerinnen und Schüler ihr Potential voll ausschöpfen können.

2. Mehr Unterstützungskräfte an den Schulen!
Um die Kernaufgabe "Unterricht" zu stärken und gleichzeitig die vielfältigen und komplexen Herausforderungen wie Digitalisierung, Demokratiebildung, Gewalt- und Suchtprävention oder die Beschulung geflüchteter Kinder und Jugendlichen zu bewältigen, braucht es zusätzliche Kräfte wie Sozialpädagogen, Schulassistenten, IT-Spezialisten und Verwaltungspersonal.

3. Nur gesunde Lehrkräfte sind leistungsfähig!
25 Wochenstunden Deputat sind zwei zu viel. Teilzeit wird häufig als Selbstschutz gewählt. Deshalb wehren wir uns gegen Bevormundungen bei der Mindestarbeitszeit. Wir fordern, endlich unsere gesamte Arbeitszeit korrekt zu erfassen.

4. Mehr Wertschätzung für mehr Attraktivität!
Der Lehrerberuf muss wieder mehr Ansehen und Prestige bekommen! Deshalb fordern wir, dass der hohe Einsatz der gymnasialen Lehrkräfte viel stärker gewürdigt wird. Dazu gehören mehr Beförderungsmöglichkeiten nach A14 und auch A15, mehr Anrechnungsstunden für außerunterrichtliche Sonderaufgaben und Schulentwicklung und mehr Altersermäßigung, damit die Lehrkräfte länger einsatzfähig bleiben und eine vorzeitige Pensionierung verhindert wird.

Hier müssen statt gelegentlicher warmer Worte endlich Taten folgen! Dann klappt es auch mit dem Nachwuchs.

www.phv-bw.de